

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Vorzugsliste Nr. 1944a.
Einsendungspreis die eingepaltene Petition
seite 40 Pf.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Rufschriften, Abonnementbestellungen:
in und an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Zum Jahreswechsel

Allen Kollegen und Kolleginnen, sowie Freunden und Förderern unseres Verbandes die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zum neuen Jahre.

Die Verbandsleitung und Redaktion.

Selbstprüfung.

Das alte Jahr geht zur Neige, ein neues steht vor der Tür. Wer kein oberflächlicher, nur für die Stunde lebender Gewerkschaftler ist, wird zurückblicken, sich selbst die Rechenschaft ablegen über das, was er für seine Sache, für unsere Ideale und Ziele im abgelaufenen Jahr getan hat. Warst Du ein vollwertiges oder nur zahlendes Mitglied des Verbandes? Bis Du ein tapferer Kämpfer oder nur ein Mitgeher gewesen? Warst Du einer von den Egoisten, die nur um des persönlichen materiellen Vorteils willen der Organisation angehören, oder warst Du einer, der aus Gemeinnut, Kollegialität aus Idealismus Opfer gebracht hat? Bist Du dir stets bewußt gewesen, daß unsere christliche Arbeiterbewegung nicht allein für eine Lohn-erhöhung und Arbeitszeitverkürzung eintritt, sondern daneben eine viel höhere, lebensvollere Kulturarbeit zu erfüllen hat? Sie will den machtvollen Arbeiterstand als vollberechtigtes Glied in die Gesellschaft einordnen, und was das allerwichtigste ist, den durch eine tauend-jährige Geschichte bewährten Grundgedanken der christlichen Weltanschauung im Wirtschaftsleben zur allgemeinen Geltung verhelfen. Weißt Du das und hast Du dein Handeln stets demnach eingerichtet?

Und weiter: Warst Du ein opferwilliges Mitglied? Nicht nur im Beitragszahlen, nein, was viel höher steht, in persönlicher Hingabe für die Sache der Allgemeinheit. Hast Du — nach Maßgabe deiner Fähigkeiten — mitgewirkt als Vorstandsmitglied, als Vertrauensmann, als Agitator und öffentlicher Anwalt unseres Verbandes? Warst Du ein fleißiger Besucher der Versammlungen, des Unterrichtskurses? Hast Du Schlagfertigkeit und Mäunnesmut genaht, um unsere Ideale gegen alle Angriffe zu verteidigen?

Hoch klingt das Lied vom braven Mann, der alle diese Fragen im idealen Sinne unserer Bestrebungen mit „Ja“ beantworten kann. Aber für alle diejenigen, die bei dieser Selbstprüfung erkennen müssen, daß sie noch lange nicht als vollkommen gesunde Glieder unserer Organisation gelten können, für sie ist der Jahreswechsel die Mahnung zur Einklebe, zur Besserung. Ins neue Jahr wollen wir alle eintreten mit dem unerschütterlichen festen Vorsatz: Unser Bestes, unsere ganze Kraft für unsere christliche Arbeiterorganisation! Handeln wir stets danach, dann wird uns das neue Jahr nicht nur äußere Erfolge, sondern auch innere Befriedigung bringen.

Volksgesundheitspflege.

Die gesundheitlichen Verhältnisse der breiten Bevölkerung wird heute immer mehr als ein wichtiger Teil der allgemeinen Sozialreform anerkannt. Ist doch der Gesundheitszustand der Bevölkerung nicht nur unmittelbar von großem Einfluß auf die wirtschaftliche Lage derselben, sondern auch mittelbar ist die Besserung jenes Zustandes durch ihre enge Wechselbeziehung zur allgemeinen Volksbildung von größter Bedeutung für die Förderung der allgemeinen sozialen Reformbestrebungen. „Nur dasjenige Volk ist einer fortschreitenden Geisteskultur zugänglich, und fähig, dessen Verhältnisse in sanitärer und hygienischer Beziehung als den Anforderungen der Zeit entsprechend zu bezeichnen sind.“ So jagte mit Recht der Vorsitzende des Verbandes „Arbeiterwohl“, Fabrikbesitzer Franz Brandts, auf der letzten Generalversammlung des genannten Verbandes, die ganz der Erörterung der wichtigen Frage der Volksgesundheitspflege gewidmet war. Es war in der Tat eine dankenswerte Aufgabe für den Verband „Arbeiterwohl“, der seit seiner Gründung den volkshygienischen Maßnahmen große Aufmerksamkeit zugewandt und gegenwärtig bei seinen erweiterten Zielen als „Verband für soziale Kultur und Wohlfahrtspflege“ dazu noch mehr Veranlassung hat, der Volksgesundheitspflege eine besondere eingehende Behandlung zuteil werden zu lassen. In Anbetracht der reichen Anregungen, welche hierdurch für die bezügliche praktisch-soziale Arbeit in Stadt und Land geboten worden sind, dürfte es angebracht sein, die öffentliche Aufmerksamkeit wiederum nachdrücklich auf die Förderung der volkshygienischen Aufgaben hinzuweisen, zu deren Lösung Staat, Gemeinden und weitere Kommunalverbände, gemeinnützige Vereine und Einzelpersonen, soweit sie dazu nach ihrer Berufsstellung und Fähigkeit in der Lage sind, zusammenzuwirken berufen sind.

Von grundlegender Bedeutung für die Volksgesundheitspflege ist die Schaffung guter Wohnungsverhältnisse: denn enge, für die Zahl der Familienangehörigen nicht ausreichende, ferner dumpfe, feuchte und lichtlose Wohnungen sind bekanntlich der Nährboden für Krankheiten aller Art, insbesondere auch für die Tuberkulose (Schwindsucht). Daher ergibt sich für die Kommunalverwaltungen, insbesondere in den größeren Städten, die verantwortungsvolle Aufgabe, durch eine gesunde Bodenpolitik geeignete Steuernmaßnahmen, sowie zweckmäßige, den sozialen Anforderungen entsprechende Bebauungspläne und Bauordnungen die Wohnungsreform vorzubereiten bzw. zu erleichtern. Dazu kommt — und das gilt nicht allein für die Städte, sondern auch für die Landgemeinden — die Pflicht, die Erstellung neuer gesunder und billiger Wohnungen für die minder bemittelte Bevölkerung zu fördern, insbesondere durch Unterstützung gemeinnütziger Bauvereine oder Genossenschaften. Und endlich wäre wie in den Städten so auch auf dem Lande eine wirksame, sachmännische WohnungsinSpektion notwendig zur dauernden Überwachung der Wohnungsverhältnisse. Neben solchen behördlichen Maßnahmen ist aber auch außerordentlich wichtig die Aufklärung des Volkes über die Bedeutung einer gesunden Wohnung und seine Erziehung zur richtigen Benützung derselben. Zutreffend sagte St. Brandts in der Paderborner Versammlung:

„Wie gering ist noch in manchen Volksteilen das Bedürfnis, gut und gesund zu wohnen. Wie häufig wird der größeren Billigkeit der Vorzug gegeben vor der Geräumigkeit und Güte! Wie wenig wird es gewürdigt, daß Wohnung und Krankheit in ursächlichem Zusammenhang stehen. Ist in den Städten die Ueberwöhung der Hauptfeind von Gesundheit und Leben, so ist der Feind auf dem Lande die die Gesundheit nicht minder gefährdende schlechte Beschaffenheit der Wohnungen, an die manche Leute sich so gewöhnen, daß sie kaum noch Ermüdung empfinden.“

Wird durch die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse die Grundlage für gesunde Lebensbedingungen geschaffen, so hat die Volksgesundheitspflege weiterhin den Menschen selbst ihre Fürsorge zu widmen, und da gilt es in allererster Linie die Allerschwächsten, die Säuglinge zu schützen, die der Tod in erschreckend großer Zahl wieder dahinrafft. Nahezu ein Viertel aller Kinder sterben vor Vollendung des ersten Lebensjahres, und es unterliegt keinem Zweifel, daß neben schlechten Wohnungen, der Erwerbsarbeit der Mütter und der damit teilweise zusammenhängenden mangelhaften Pflege der Kinder eine unzureichende Ernährung die Hauptursache der Säuglingssterblichkeit bildet. Die Ernährung mit Kuhmilch bringt große Gefahren mit sich, da durch die Milch leicht Krankheitskeime übertragen werden. In den Städten ist daher eine besonders sorgfältige Kontrolle des Milchverkaufs notwendig. Nachahmenswert ist das Vorgehen mancher Stadtverwaltungen, welche durch Einrichtung sog. Säuglingsmilchanstalten der minderbemittelten Bevölkerung gesundheitlich einwandfreie Milch zu billigsten Preisen zu liefern. Es ist aber auch Pflicht der Landbewohner, in der Milchwirtschaft den hygienischen Anforderungen gewissenhaft Rechnung zu tragen, insbesondere zum Beispiel die Verunreinigung der Milch durch Stallmist, Staub usw. zu verhüten. Unentbehrlich ist sodann neben einem genügenden Wöchnerinnenschutz auch für die in der Industrie beschäftigten Frauen die Belehrung der Mütter über eine gesundheitsmäßige Säuglingspflege. Um der in dieser Beziehung herrschenden, oft ungläublichen Unwissenheit zu begegnen, haben manche größere Kommunalverwaltungen schon ärztliche Beratungsstellen für Mütter eingerichtet. Aber auch auf dem Lande bietet sich hier genug Gelegenheit, zu gemeinnützigem Wirken. Denn auch in ländlichen Familien sterben oft genug von neun Kindern 5 als Säuglinge.

Der heranwachsenden Jugend muß sich die Schulgesundheitspflege annehmen, die der Volksgesundheit und Volkswohlfahrt im allgemeinen wichtige Dienste zu leisten hat. Gesundheitgemäße Einrichtung der Schulräume und des Unterrichts, Schulbücher und Bewegungsspiele im Freien, Hüftschulen bzw. besondere Klassen für körperlich und geistig zurückgebliebene, Waldschulen und Ferienkolonien für erholungsbedürftige und Schulküchen zur Speisung armer Kinder kommen hier in Betracht. Vor allem aber muß die schulärztliche Überwachung allgemein in Stadt und Land, in niederen und höheren Schulen, durchgeführt und als Vorbedingung hierfür die bestmögliche schulhygienische Ausbildung des Lehrpersonals in die Wege geleitet werden.

Für die Bevölkerung im allgemeinen ist im Interesse der Volksgesundheit eine Verbesserung der Ernährung anzustreben. In den großen Städten, wo die Beschaffung frischer und gesunder Nahrungsmittel oft erhebliche Schwierigkeiten bereitet, sind zu diesem Zweck besondere Vorkehrungen zu treffen, wie Schaffung von Markthallen und Nahrungsmitteluntersuchungsämtern, Einrichtung von Volksküchen, welche den sonst auf Wirtshausbesuch angewiesenen unbemittelten Personen für billiges Geld eine gute Kost gewähren. Von großem Einfluß auf die Volksernährung ist sodann eine gute hauswirtschaftliche Ausbildung der weiblichen Jugend. In den Städten und Industriegegenden sind zwar schon vielfach Haushaltungsschulen entweder von kommunaler oder privater Seite eingerichtet worden, aber im Vergleich zum vorhandenen Bedürfnis ist diese Unterrichtsgelegenheit doch noch gering, und erst recht fehlt es in dieser Beziehung auf dem Lande. Das ist umso bedauerlicher, als eine rationelle Hauswirtschaft, welche die ganze Lebenshaltung der Familie hebt und zudem ein behagliches Heim schafft, zugleich ein wirksames Hilfsmittel im Kampfe gegen den der Volksgesundheit so verderblichen Alkoholismus bildet. Wenn schon durch die Reform der Wohnungsverhältnisse, die Säuglingsfürsorge, die Schulgesundheitspflege und die Maßnahmen zur Verbesserung der Volksernährung der Gesundheitszustand der De-

böllerung gehoben wird, so bleiben zu diesem Zwecke doch noch manche andere Aufgaben zu erfüllen.

Die Hygiene legt den Gemeindeverwaltungen weiterhin die Verpflichtung auf, für Reinhaltung der Luft und des Bodens, des Trink- und Gebrauchswassers zu sorgen. Was speziell den letzteren Punkt angeht, so ist besonders beachtenswert die in der Paderborner Generalversammlung des Verbandes Arbeiterwohl von Dr. med. Krautwig ausgesprochene eindringliche Mahnung an die ländlichen Gemeinden:

Wenn die dichten Quartiere in der Stadt die Brunnplätzen für Scharlach und Diphtherie sind, die von hier aus zumal in den Ferien ihren Weg aufs Land finden, so ist es andererseits festgestellt, daß auf dem Lande der Typhus zu Hause ist, der durch persönliche Übertragung oder indirekt durch den Nahrungsmittelverkehr den Weg zur Stadt findet. Es ist für den Hygieniker schauerhaft, gelegentlich das Innere eines Bauernhauses zu sehen, in dem die wassergebende, schlecht abgedeckte Pumpe in anscheinend friedlicher und doch so gefährlicher Nachbarschaft mit der undichten Mistgrube und der ebenso undichten Abortgrube sich befindet. Die mangelhaften Ziehbrunnen auf dem Lande müssen allmählich verschwinden und Platz machen entweder einwandfreien Brunnen, die von wirklich fachverständigen Brunnenbauern in gesundem Boden herzustellen sind, oder Zentralwasserleitungsanlagen, die auch in kleineren Ortschaften durch Bildung von Zweckgemeinschaften für verschiedene Gemeinden mit erschwinglichen Kosten gut herzustellen sind.

Für Stadt und Land ist im Interesse der Volksgesundheit ferner die Bereitstellung billiger Volksbäder unbedingt erforderlich. Auch in den ländlichen Gemeinden ist dies, wie manche Beispiele beweisen, bei gutem Willen überall möglich zu ermöglichen. Für die städtische und industrielle Bevölkerung ist außerdem die Erholung in freier Natur eine hygienische Notwendigkeit, und die Stadtverwaltungen müssen hierfür nach Möglichkeit Gelegenheit bieten durch Schaffung von Volksparks, ausreichender und billiger Verkehrseinrichtungen usw.

Was sodann die Fürsorge für Kranke und Genesende anlangt, so ist zwar auf diesem Gebiete auch für die städtische Bevölkerung noch bei weitem nicht in genügender Weise durch Krankenhäuser, Genesungsheime, Heilanstalten für Tuberkulose usw. gesorgt, aber die schwierigsten und dringlichsten Aufgaben ergeben sich doch auf dem Lande. Dies um so mehr, als die landwirtschaftliche Bevölkerung in weit geringerem Maße als die industrielle an der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung beteiligt ist. Daher muß — neben gegenseitigen Versicherungen hinsichtlich der beiden ersten Versicherungsarten — die Landbevölkerung zur besseren Ausnutzung der in der Krankenversicherung gebotenen Hilfsmittel (Heilkurfahren, Darlehen für Krankenhausbauten, Beihilfen für die Gemeindekrankenpflege usw.) angeleitet, mit einem Worte: die Arbeiterversicherung muß mehr in den Dienst der ländlichen Wohlfahrts- und Krankenpflege gestellt werden. Was die eigentliche Krankenpflege im engeren Sinne betrifft, so sind hierfür auf dem Lande die kleinen Schwesterunterlassungen von vier bis acht, höchstens zehn Schwestern von größtem Wert, deren Haupttätigkeit die ambulante Krankenpflege bildet. Solcher Niederlassungen ohne eigentlichen Krankenhausbetrieb gibt es in Preußen nach einer Berechnung des Kultusministeriums rund 1300. Dem tatsächlichen Bedürfnis ist damit freilich nicht genügt und kann auch in Zukunft bei weiterer Vermehrung der Niederlassungen und bestmöglicher Organisation ihrer Wirksamkeit von den Ordensleuten allein nicht genügt werden. Ergänzend muß daher die sog. Gemeindekrankenpflege ein treten, d. h. es müssen weltliche Berufspflegerinnen, wie sie z. B. der christliche Caritasverband für das kath. Deutschland ausbilden läßt, für die einzelnen Gemeinden ange stellt werden, die mit Unterstützung charitativer Mitarbeiter, sog. Krankenbesucherinnen, eine geordnete Pflege planmäßig organisieren und leiten.

Von größter Bedeutung sowohl für die Krankenpflege wie zur Förderung aller die Volksgesundheit betreffenden Maßnahmen ist die Aufklärung und Belehrung des Volkes selbst, und hierbei können und müssen die verschiedensten Kreise mitwirken. In erster Linie natürlich die Ärzte, die vor allem berufen sind, die notwendigen hygienischen Kenntnisse ins Volk zu tragen; dann auch die Lehrer und Lehrerinnen, die bei der Jugend das Verständnis für eine gesundheitsmäßige Lebensweise zu wecken und zu pflegen haben. Eine dankenswerte Aufgabe bietet sich auch opferwilligen Frauen der besser gestellten Kreise, die durch Aufsuchen unerfahrener Hausfrauen in ihren Wohnungen und durch praktische Anweisungen an Ort und Stelle manches zur Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse tun können. Und endlich sollen auch die Geistlichen, wie in der Paderborner Versammlung Weiblichhol Dr. Godel betonte, der Förderung des gesundheitlichen und sozialen Wohlergehens der ihnen anvertrauten Bevölkerung ihre Aufmerksamkeit und nach Kräften auch ihre Mitarbeit widmen. Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit eine von der Zentralstelle des Volks-

vereins für das kath. Deutschland (M.-Bladbad) herausgegebene Flugchrift (Gemeinnützige Volksbibliothek Nr. 1, Preis 5 Pf.), welche in gemeinverständlichem Sinne die Aufgaben der Volksgesundheitspflege behandelt und bei der die bezüglichen Belehrung des Volkes die besten Dienste leisten kann.

Es sind im allgemeinen keine neuen Wege, welche der Verband „Arbeiterwohl“ in seiner Paderborner Generalversammlung der Volksgesundheitspflege gewiesen hat. Aber ihr Wert beruht in dem eindringlichen Appell, der damit von neuem an alle berufenen Faktoren gerichtet worden ist, sich ihrer Pflicht der Mitarbeit auf einem wichtigen Gebiet der Volkswohlfahrt bewußt zu werden. Möge er nicht ungehört verhallen und möge er insbesondere auch mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Gesundheitspflege für die gesamte soziale Hebung der heutigen und erst recht der zukünftigen Generation allerseits Beachtung finden.

Die Berliner Brunnenvergifter am Brauger.

Der Berliner „Arbeiter“ Nr. 48 hatte sich wieder mal bemüht gefunden, die Geschäfte der saarabischen und aller Scharfmacher zu besorgen und die alte Lüge aufgewärmt, der Streit auf der Burbacher Hütte sei nicht wegen der Unterdrückung des Koalitionsrechts ausgebrochen, sondern von den christlichen Gewerkschaftsführern angezettelt worden, um neue Mitglieder zu lockern. Wir haben dem Berliner „Arbeiter“ für diese Art gewerkschaftlicher Brunnenvergiftung in unserem Organ Nr. 49 eine gefasene, aber die gebührende Antwort erteilt und dabei auch die Qualifikation seines neuesten Kronzeugen (des Renegaten Müllenbach, der vom christl. Gewerksverein der Bergarbeiter wegen fortgesetzten Quertreibens ausgeschlossen wurde, weil er mit andern Stäufern den vergeblichen Versuch machte, einen Gegenverband ins Leben zu rufen) etwas näher beleuchtet.

Die ausgetrockneten Nester haben geoffnen. In Nr. 50 des „Arbeiter“ erzählt Sie Berlin seinen geduldigen Lesern, der „Deutsche Metallarbeiter“ habe einen „förmlichen Lobhudeleingang“ bekommen. (Was uns natürlich garnicht einfällt. Red.), aber nicht vermocht, die Aussagen seines Kronzeugen Müllenbach zu widerlegen. Sie Berlin, d. h. die Drahtzieher der Sachabteilungen, sind bekanntlich überhaupt nicht zu widerlegen; hundertmal widerlegte Unwahrheiten behaupten sie dreißig und mehr auch noch zum zweihundertennmale, auf die Duamtheit ihrer Leser spekulierend.

Die Doppelgängigkeit der Berliner Agitatoren im Saargebiet und die Glaubwürdigkeit des Berliner Kronzeugen Müllenbach wird nun zur rechten Zeit in einem Artikel der „Saarpost“ unbarbarisch bloßgelegt. Verfasser des Artikels ist ein früherer „Sacharbeiter“, der es also wissen muß, und zwar um so besser, weil er früher zum Sachabteilungsgeneralstab gehörte und hinter die Berliner Kulissen geschaut hat. Der Artikel hat folgenden Wortlaut:

„Der Arbeiter“ Organ des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sie Berlin, erwählere sich Müllsch. und war über Äußerungen, die der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, Herr Wieber, in Berlin auf dem deutschen Arbeiterkongress über den Streit auf der Burbacher Hütte getan hat. Wenn Herr Wieber in Berlin sagte, mit elementarer Gewalt brach der Unwille sich Bahn, und dreitausend Mann legten die Arbeit nieder, dann hat er nur die volle Wahrheit gesagt. Um diese Behauptung zu beweisen, darf man natürlich nicht mit dem seitdem bekannten Arbeitersekretär Richter kommen, wie das in der Nummer 48 des „Arbeiter“ geschieht, sondern da muß man die Arbeiter hören, die diese Geschichte hier miterlebt haben. Daß der Sekretär Richter damals hier predigte, die Arbeiter seien in den Streit geheiht worden, um Mitglieder zu sammeln und um die Berliner tot zu stellen, ist den Arbeitern an der Saar noch hinlänglich bekannt. Aber Richter kam als falscher Prophet und hat ein falsches Evangelium verkündet.

Die Arbeiter der Burbacher Hütte sind in den Streit getreten, weil sie der Überzeugung waren, ihre enklaffenen Kollegen seien wegen der Zugehörigkeit zum Verbands auf die Straße gesetzt worden. Also, die Arbeiter glaubten, es handle sich um das Koalitionsrecht. Richter und sein berühmter Freund Kloos durchzogen das Saargebiet und erzählten ihren geduldigen Sacharbeitern, es habe sich bei diesem Streit nicht um das Koalitionsrecht gehandelt, sondern man habe es (die Berliner) kann machen wollen. Dann behaupteten die Herren, der Streit habe mit einer schmachvollen Niederlage der Arbeiter geendet. Herr Richter wehmt heute noch auf diesem Standpunkte zu stehen, aber sein Freund „Kloos“ (Kloos) an der Saar hat sich schon längst gemauert. Als die Erregung nach dem Streit gelegt hatte erklärte er nämlich in Burbach: „Ich bin der Meinung, daß es sich doch um das Koalitionsrecht gehandelt hat“. Die Arbeiter machten bei dieser Rede einen verborgenen Bitterkeit und

ten und sagten, das ist aber Arbeiterverrat. Ich Sacharbeiter, welche am Streit beteiligt waren, haben hiernach dem netten Verbands den Rücken gefehret. Als Kloos einige Tage nach der erwähnten Versammlung vom Vorsitzenden der Burbacher Sachabteilung und einem Berliner Sekretär zur Rede gestellt wurde, wiederholte er die obige Äußerung und fügte noch hinzu: „und soweit es sich um das Koalitionsrecht gehandelt hat, haben die Christlichen auch einen Erfolg zu verzeichnen, denn ich glaube nicht, daß die Hütte wegen der Zugehörigkeit zum Metallarbeiterverband noch Arbeiter maßregelt.“

Also der Sekretär Kloos, der doch die hiesigen Verhältnisse am besten kennen muß von allen Berliner Sekretären, hat einige Wochen nach dem Streit zugegeben, daß es sich „doch“ um das Koalitionsrecht gehandelt und daß der Metallarbeiterverband einen „Erfolg“ zu verzeichnen hatte.

Werden die Berliner, nachdem diese Tatsachen der Öffentlichkeit übergeben sind, denn nun einsehen und zugeben, daß sie Verrat geübt haben?

Doch es kommt noch besser, denn die Berliner haben einen neuen Kronzeugen entdeckt, mit dem sie beweisen wollen, daß die Arbeiter in den Streit geheiht worden seien. Die Leser werden das Lachen nicht halten können, wenn sie hören, daß dieser neue Zeuge das Schmerzenskind Müllenbach ist. Man höre und staune! Die Berliner zerten eine Äußerung des Müllenbach herbei, welche letzterer anderthalbes Jahr nach dem Streit, nachdem er aus der Gewerkschaft ausgeschlossen ist und nun mit Süßes sich herumtreibt, getau hat. Für die Arbeiter ist aber diese Äußerung nicht maßgebend, sondern die Überzeugung, die Müllenbach während des Streiks gewonnen hatte, und welche derselbe in Versammlungen den Berlinern gegenüber zum Besten gab. Es scheint, als habe der Redakteur und Sekretär Richter ein schwaches Gedächtnis, denn er hätte sich doch sagen müssen, als der Artikel in seine Hände kam, nein, den nehmen wir nicht in den „Arbeiter“ auf, denn ich weiß, daß Müllenbach in einer Versammlung am 12. Juni 1906 im katholischen Vereinshaus zu Malstatt sich mir und Kloos gegenüber ganz anders über den Streit geäußert hat, und zwar haben seine damaligen Äußerungen mit denen, die Wieber auf dem Arbeiterkongress in Berlin gemacht hat, übereinstimmend.

Nun, wir wollen Richter ein wenig behilflich sein und ihm die Sache ins Gedächtnis zurückrufen. In Nummer 134 der „St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung“ vom 13. Juni 1906 lesen wir über die erwähnte Versammlung folgendes: „In der an diesen (Richter's d. S.) Vortrag sich anschließenden Diskussion ergab zuerst Herr Müllenbach das Wort. Er wandte sich zunächst gegen die Behauptung des Herrn Richter, daß die Gewerkschaften den Kampf auf Vermutungen hin angefangen hätten. Der Streit sei durch die Verhältnisse aufgezwungen worden.“

Hört Ihr's, ihr Berliner, was Müllenbach sagte! Also, der Streit ist den Arbeitern durch die Verhältnisse aufgezwungen worden und deshalb sagte Wieber, „mit elementarer Gewalt brach der Unwille sich Bahn“. Jeder auch nur halbwegs vernünftige Mensch sieht doch hier ein, daß Müllenbach und Wieber miteinander übereinstimmen. Wenn Müllenbach mittlerweile von seiner damaligen Überzeugung abgekommen ist, so ändert das nicht im mindesten etwas an den tatsächlichen Verhältnissen.

Der Mann besitzt „Berliner Talente“ und hat den Befähigungsnachweis zum Arbeitersekretär Berliner Obervanz erbracht. Höfentlich wird er halb angeleitet und kann dann den Herrn Kull und andern Berliner Verwandlungskünstlern Konkurrenz machen. Red. Der Deutsche Metallarbeiter.)

Ja, ihr Herren Berliner, der neue Zeuge war auch wieder kein Rettungsring, sondern nur ein Strohhalm. Euer Herr Kloos selbst ist der Meinung, daß es sich „doch“ um das Koalitionsrecht gehandelt und daß der Metallarbeiterverband einen „Erfolg“ errungen hat und damit gibt der Herr auch zu, daß mit elementarer Gewalt der Unwille sich Bahn brach.

Nun schreibt „Der Arbeiter“ am Schlusse seines bedeutenden Artikels, die Arbeiter seien nach ein paar Tagen, bevor auch nur ein einziger Pfennig an Unterstützung gezahlt war, in die Hütte getrieben worden. Also, man gibt zu, daß nur „ein paar Tage“ gestreikt wurde, kritisiert aber direkt, daß nicht schon Unterstützung gezahlt war. Ja, ihr Berliner, wann habt Ihr denn Unterstützung gezahlt? Am Donnerstag, den 7. Juni, hat Kloos doch den Sacharbeitern noch jede Unterstützung abgeprochen.

Rebrigens soll die Öffentlichkeit auch noch erfahren, daß die Berliner, welche ein so großes Geschrei machten und fünf Sekretäre hier hatten, nur ganze neunzehn Sacharbeiter auf der Burbacher Hütte anzuweisen hatten, von denen zehn am Streit beteiligt waren. Allerdings gegen den Willen der Sachabteilungsleitung, die bekanntlich ihre Anhänger zum Streikbruch anhieß und denen, die trotzdem nicht um Verzeihen ihrer Kollegen werden wollten, die Unterstützung zuerst verweigerte, wie es der Verfasser dieses Artikels als Einachweiser hier behauptet. Red.

Der Deutsche Arbeiter.) Nun wird jeder Leser gerne glauben, daß die Berliner schneller fertig waren, als der Metallarbeiterverband, mit der Auszahlung der Unterstützung; denn es ist doch schon ein kleiner Unterschied zwischen zehn und dreitausend Mann. Soviel steht fest, daß die Christlichen am Dienstag, den 12. Juni 1906, mit der Auszahlung begonnen haben. Im übrigen bemerken wir den Berlinerinnen, insbesondere den Herren auf dem Verhandsbureau, daß die Arbeiter in Burbach nicht so lange auf ihre Streikunterstützung zu warten brauchten, als Berliner Arbeiterzeitung auf ihr monatliches Gehalt warten müssen.

Ob die Berliner, nachdem ihnen auch der Strohhalm weggeschwommen ist, noch weitere Kronzeugen suchen, oder ob sie sich zufrieden geben, muß abgewartet werden. Den Arbeitern des Saarreviers aber rufen wir zu: „Hütet Euch vor den falschen Propheten und tretet ein in die christlichen Gewerkschaften!“

Soweit der frühere Sachbearbeiter in der Saarpost. Jeder Satz ist ein laufender Stieb für die gewerkschaftlichen Stimmenvergister aus der Kaiserstraße in Berlin; ihr verwerfliches, arbeitervertäterisches Treiben ist damit wieder einmal gebrandmarkt. Den Visier an der Nase herumgeführten katholischen Arbeitskollegen müssen durch solche Tatsachen die Augen doch allmählich aufgehen und dann werden sie als standesbewußte und vorwärtsstrebende Arbeiter sich den christlichen Gewerkschaften anschließen.

Neue Formen gewerkschaftlicher Arbeit.

Kürzlich bot sich bei der Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin ein interessantes Bild. Der Vertreter des rührigen Verbandes der technisch-industriellen Beamten hatte als Aktionär zu der Versammlung Zutritt und vertrat gegenüber dem Leiter der Gesellschaft das Interesse der Angestellten.

Sollte es nicht möglich sein, so lesen wir im „Reich“, diese Form der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen häufiger anzuwenden? Auch bei der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft ist es vorgekommen, daß bei der Generalversammlung ein Gewerkschaftssekretär für die Sache der Angestellten eintrat. Unkundige nennen oft die Gewerkschaften „Streikvereine“. Jeder Kundige weiß, wie falsch die Annahme ist, der Streik sei der einzige Inhalt gewerkschaftlicher Arbeit. Je mehr die gewerkschaftliche Technik sich ausbildet, je mannigfacher werden ihre Mittel. Es wird sich in verschiedenen Fällen empfehlen, sich in Besitz wenigstens einer Aktie eines Unternehmens, an dem viele Mitglieder der betreffenden Gewerkschaft interessiert sind, zu setzen. Für die Hauptklasse einer zentralisierten Gewerkschaft ist solche Ausgabe keineswegs unerwünscht. Dadurch erhält ein geschickter und sorgsamwandler Gewerkschaftssekretär die Möglichkeit, in der Generalversammlung zu Worte zu kommen. Eine solche Ansprache in der Generalversammlung wird zwar denjenigen Aktionären unangenehm sein, die nervös werden, wenn die Suppe des nachfolgenden Dinners kalt zu werden droht. Für die Gewerkschaft aber hat dieser durchaus friedliche Weg der Interessenvertretung mannigfache Vorteile. Vor dem Forum einer Generalversammlung muß der Chef des Unternehmens selbst Rede und Antwort stehen. Hier ist Presse und Aufschrei zugegen — kurz, solche Stelle bietet ausgezeichnete Gelegenheit zu friedlicher und nachdrücklicher Vertretung der Arbeitnehmerwünsche. Dester auch dürfte ein solcher Wink, daß man diesen oder jenen Mißstand auf der nächsten Generalversammlung zur Sprache bringen müsse, den verantwortlichen Beamten zu vorheriger Remedur veranlassen — ja, wenn heiderseits der rechte Herzenssatz vorhanden ist, kann es dem Chef nur lieb sein, zeitig vor der Generalversammlung auf allerlei Mißstände aufmerksam gemacht zu werden, die seinem Auge bisher entgangen waren — für große Unternehmer wird die gewerkschaftliche Kontrolle dem Chef ebenso angenehm sein, wie die Kontrolle durch die Abgeordneten dem Chef eines Reichsamtes, sofern er wirklich großzügig denkt.

Der Erwerb von Aktien aus gewerkschaftlichen Mitteln empfiehlt sich umso mehr, als solche Papiere, wenn es not tut, leicht verkauft oder lombardiert werden können, also nicht wie Hypotheken die Gewerkschaftsressourcen festlegen.

Es könnte auch dahin kommen, daß wohlmeinende Aktionäre einem als gewollt bekannten Gewerkschaftsführer die Vertretung ihrer Stimmen auf der Generalversammlung überlassen, ja daß der Gewerkschaftsmitglied hier und da in den Aufsichtsrat kommt. Jedenfalls sollte man bei dem Millionenvermögen, das die Gewerkschaften schon gegenwärtig haben, auch die Kapitalkraft der lokalisierten Arbeitergroßen im Dienst der gewerkschaftlichen Arbeit sorglich nützen.

Soweit die Ausführungen im „Reich“. So ganz neu ist der hier angeregte Gedanke nicht. Schon vor einigen Jahren waren in einer Generalversammlung einer Aktien-Gesellschaft in Hamburg sozial-

demokratische Gewerkschaftsbeamte als Aktionäre vertreten und damals ist es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Ob die sozialdem. Verbände in der Zwischenzeit nach der Richtung weiter tätig gewesen sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Frage ist auf alle Fälle aber wichtig genug, auch von unsern christlichen Gewerkschaften ernstlich in Erwägung gezogen zu werden.

Wo liegen die Arbeitervertäter und Streifbrecher?

Die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“

zeigt in letzter Zeit ein starkes Bedürfnis der Polemik gegen unseren Verband. Zweifellos ist dieses polemische Bedürfnis, das, nebenbei bemerkt, einen sehr gefährlichen und verkehrten Charakter verrät, eine Folgeerscheinung der hereinbrechenden wirtschaftlichen Depression. Die jetzige Verheugungsmethode gegenüber dem Unannehmlichen weiter zu betreiben, wird gefährlich. Bewegungen, wo die Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter scharf werden, sind inselbedessen zu vermeiden. Es wird jetzt eine andere Verheugungsmethode — die gegen die Christlichen — angewandt.

In Bielefeld soll unser Verband eine die Arbeiterinteressen zwiwiderlaufende Aktion inszeniert haben. Das ist natürlich unwahr. Wenn sich durch unsere dortige Stellung irgend jemand in seinen Interessen verletzt fühlt, dann mag dies der rote Metallarbeiterverband sein. Aber es geschieht ihm kein Unrecht. War unser roter Konkurrent bisher so Wohl, sich terroristischer Mittel zu bedienen, um unsern Verband niederzuhalten, so darf er sich über die sich aus seinen Handlungen ergebenden Folgen — die er jetzt in Bielefeld sieht — nicht beklagen. Daß aber Arbeiterinteressen und sozialdemokratische Metallarbeiterverbandsinteressen analoge Begriffe sein sollen, kann doch nicht ernsthaft behauptet werden. Die Fälle, wo der rote Verband direkt und in größtmöglicher Weise gegen die Interessen der Metallarbeiter gehandelt hat, sind doch zu offensichtlich und zahlreich.

Die rote „Metallarbeiterzeitung“, Nr. 49, spricht von einer innigen Verbindung, welche angeblich zwischen unserem christlichen Verbande und der Bielefelder Firma Gördie bestünde, bei welchem die Arbeiter für die Zwecke der Firma gefügig gemacht würden. Unsere „Verbindungen“ zu der Firma sind streng korrekter, sie ähneln auf keinen Fall den wirklich „innigen Verbindungen“, die der rote Metallarbeiterverband zu der Firma Ambros u. Co. in Duisburg-Hochfeld hat. Genannte Firma steht in so innigen Beziehungen zum roten Metallarbeiterverband, daß sie die Mitgliedsbeiträge für die bei ihr Beschäftigten einreibt. Auch zu der Firma Hammesfahr in Solingen hatte der rote Metallarbeiterverband ein äußerst inniges Verhältnis. Die Führer E. Witte und W. Langenberg von den Solinger sozialdemokratischen Lokalgewerkschaften schrieben in ihrer „Die Wahrheit über den Streik bei der Firma Gottl. Hammesfahr und das Verhalten des Deutschen Metallarbeiterverbandes den Solinger Lokalorganisationen gegenüber“, beitelten, 1905 erschienenen Schrift, S. 22, folgendes:

„Trotzdem in der Gewerkschaftsversammlung . . . der Bezirksleiter Sriegel und der Lokalbeamte Sandler dem Metallarbeiterverband betonten, daß keine Dramatik ohne die andere mit Hammesfahr unterhandelt werden dürften . . . brachten es die Metallarbeiter fertig, mit Hammesfahr hinter dem Rücken der übrigen Organisations Verhandlungen anzuknüpfen. Sogar der zweite Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes (Reichel-Stuttg.) hat sich zu diesen Verhandlungen hergegeben, und demnach also auch der Metallarbeiterverband mit seinem Verhalten Verrat beging.“

Hier kann von einem wirklich innigen Verhältnis des roten Metallarbeiterverbandes gesprochen werden. Während die Beamten des roten Verbandes in öffentlichen Versammlungen für den Streik in Solingen redeten, Sozialität herstellten, beklagten sie gleichzeitig hinter dem Rücken der Arbeiterlichkeit mit dem Unternehmens. Als es dann am 25. Mai zum Streik kam, wurden die roten Metallarbeiter-Verbandsmitglieder Streifbrecher und verdrängten mit Hilfe des Unternehmens die Sozialorganisierten. Die Solinger sozialdemokratische Parteizentrale (Versteckter Arbeiterstamm) schrieb darüber in Nr. 136 vom 14. Juni 1905:

„Das Verhalten des (roten) Metallarbeiterverbandes übersteigt alle Grenzen, ist ekelhaft, skandalös.“

Der rote Metallarbeiterverband hat sich stets den Teufel um Arbeiterinteressen gekümmert, wenn die Arbeiterinteressen nicht auch gleichzeitig seine Verbandsinteressen waren. 1903 streikten die Formier der Schöningh'schen Eiserei in Berlin, welche in der sozialdemokratischen Metallarbeitergewerkschaft lokalorganisiert waren. Der rote Metallarbeiterverband befehli seinen Mitgliedern, die Schöningh'schen Arbeiter zu machen und gab dieser Streikarbeit flugendweise den unvergänglichen Namen: Sozialarbeit. Der „Vorwärts“ veröffentlichte unter anderem eine in dieser Sache gefaßte Resolution, in dieser hieß es:

„Die Versammlung verurteilt die Beschäftigung der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes betreffs Anfertigung von Sozialarbeit auf das entsetzlichste.“

Diese Verurteilung hat der rote Metallarbeiterverband selbstverständlich abzuleugnen und ging dabei mit einer geradezu kühnenhergehenden Frechheit vor. Nach dem Solinger Verrat tat er dies vermittelst einer kleinen Lügen-Broschüre, die in einer Masse von 30 Zentnern hergestellt wurde.

In der von den Solinger Lokalsocialisten Witte und Langenberg herausgegebenen schon erwähnten Schrift heißt es Seite 3 hinsichtlich der Lügen-Broschüre des roten Metallarbeiterverbandes:

„Wenn jemals die Wahrheit auf den Kopf gestellt worden ist, wenn jemals mit demoralischen Klüften ac-

betretener worden ist, wenn in dieser (sozialdemokratischen) Broschüre, die den stolzen Titel: „Zur Aufklärung und Beherzigung“ führt.“

Um den Schöningh'schen Streifbruch abzuleugnen, sind die roten Verbandsbeamten bereit vorgegangen, daß die Sozialität“, das Organ der soziald. Berliner Metallarbeitergewerkschaft vom 2. September 1903, sich zu folgendem Urteil veranlaßt sah:

„Zu welchen Mitteln gegriffen wurde, um sich zu rechtfertigen, kann nur derjenige ermeßen, welcher einmal Gelegenheit hatte, diese Leute (die roten Verbandsbeamten) zu beobachten, wenn sie in den Versammlungen sich hinsetzen und mit der ungeschicktesten Miene, dem heiligsten Feuer der Entrüstung alle Zuhörer anflügen. Fast kommt einem der Ekel an, wenn man ein solches Treiben mit ansehen und anhören muß.“

In der Nr. 49 vom 7. Dez. cr. spricht die „Metallarbeiterzeitung“ noch entriistet von Rechtsbruch, der wider Erwarten bei den Arbeitern noch Verleibiger gefunden habe. Diese Heuchler! Lag in Solingen und an vielen anderen Stellen nicht offener Rechtsbruch seitens Hammesfahr und des roten Metallarbeiterverbandes vor, und laub nicht eben dieser Rechtsbruch im roten Metallarbeiterlager die wärmste Verteidiger?

Eine Probation gegen die Christlichen habe seitens des roten Verbandes nicht vorgelegen, schreibt die „Metallarbeiterzeitung“. Die Parole, „die Christlichen müssen aus Bielefeld heraus“, soll nicht gefallen sein. Wer glaubt denn dieser Verneinung der „Metallarbeiterzeitung“? Ein Spiel größter Unwahrhaftigkeit trieben die roten Metallarbeiterbeamten in Solingen, indem sie in dem gemeinzeitmetrierte Weise handelten. Bei dem Drahtarbeiterstreik in Mühlheim am Rhein erst. Am 2. Bezirksleiter Walbrecht aus Düsseldorf: „Ich habe die Zustimmung zu dem Vorgehen nur gegeben, um den Christlichen eine Falle zu stellen.“ Und wie zitierte endlich Dr. Quast aus dem soziald. Parteitag zu Mainz:

„Wir Sozialdemokraten sind eine ausgesprochene prinzipientreue Partei, aber wir mögen, wo wir möglich können.“ (Protokoll S. 224).

Die „Metallarbeiterzeitung“ und die rote Verbandsleitung machen sich direkt (Reichel bei Hammesfahr) und indirekt dieser unfaulern Praktiken mitgeschuldig. Ihren Verneinungen glaubt man eben nichts und dazu haben wir jeden falls allen Grund.

Auch auf den Belberter Streik kommt die Metallarbeiterzeitung in der angezogenen Nummer zu sprechen. Der christliche Metallarbeiterverband bezog Münder soll gelegentlich dieses Streiks die Arbeiter in den Betrieb geschickt haben. Es ist zu dumm, auf diese Sache nochmals einzugehen. Dafür ist die Bäge zu oft überdeckt.

Wir sind in der Lage, heute ein Schreiben von der Stuttgarter Zentralleitung des roten Metallarbeiterverbandes veröffentlichen zu können. Aus diesem geht klar hervor, daß der Belberter Streik unter allen Umständen auf Drängen der roten Verbandszentrale Stuttgart (so im Juli 1905 abgebrochen werden sollte. Da man kein Gelegenheit fand, wurde eine an den Haaren herbeigezogen und dazu diente der angebliche Streikbruch von 3 christliche Gewerkschaftler. Das Schreiben ist an den Solinger Lokalbeamten Max Sandler gerichtet und hat folgenden Wortlaut:

Stuttgart, 28. Juli 1905.

Herrn Max Sandler

in Solingen.

Wertes Kollege! Wie ja schon mündlich mitgeteilt steht der Vorstand der Bewegung der Schlägerer, seit Sympathie gegenüber. Ihr sollt die Zustimmung zum Vorgehen auch erhalten, wir haben uns gestern darüber besprochen, — aber erst muß doch die Belberter Geschichte zu Ende sein. Sehe einmal zu, daß hier bald ein Ende eintritt, entweder so oder so.

Diese optimistischen Ansichten, wie Ihr sie in dieser Sache habt, kann ich leider beim besten Willen nicht teilen. Röhels heutiger Brief klingt auch schon nicht mehr zu zuberständig. Er verlangt einen Pump zum Mißsolln und diesen hüben wir nicht gewähren können, schon wegen der Prozedurfälle, die wir uns damit schaffen würden. Wenn es ihnen möglich ist, diesen Pump anderweitig aufzunehmen, mag es uns gleich sein, aber da Vorstand kann ihn nicht geben, da wir alle andere Artträge auch ablehnen müßten.

Besten Gruß

F. A. S. Masfisch.

Aus vorstehendem Schreiben, aus dem in Nr. 47 vom 23. 11. dieses Blattes erwähnten Belberter Sozialverhandlung und der Veröffentlichung der Firma Rigges und Schmidt, betreffend der Sandler'schen Verurteilung, Streikarbeit für Belbert gegen Provision unterzubringen, geht unwiderleglich hervor, daß die Behauptung, von dem christlichen Streikbruch eine ekende Verlegenheitsrede ist, angeführt um die eigene Erbärmlichkeit zu deden. Wenn trotzdem die rote „Metallarbeiterzeitung“ derartige allen Ernstes ihren Lesern systematisch aussticht, dann ist es verständlich, daß „Der Stahlwarenarbeiter“, das Organ der Solinger Sozialisten, dem eine ganze Menge Aktien des roten Metallarbeiterverbandes in die Hände gelangt sind, schreiben kann:

„Die Einsicht in die Dokumente, in deren Besitz wir sind, zeigt uns ein erschreckendes Bild der Ohnmacht von der der Deutsche (soziald.) Metallarbeiterverband vergiert wird. So viel Verworfenheit, wie uns da entgegenstarrt, hätten wir an der Spitze der größten Gewerkschaft Deutschlands nicht zu finden gehofft. Es wäre eine Schmach für die deutsche Arbeiterbewegung, wenn sie an ihrer Spitze noch längere Zeit dastehen würde, die um ihre Ziele zu erreichen, vor keinem Verbrechen an der Arbeiterklasse zurückzudenken.“

Darauf schrieb die Solinger „Metallarbeiterzeitung“ Nr. 42, folgendes:

„Wenn wir Lust hätten, uns an dieser Stelle mit dem „Urteil“ zu beschäftigen, wäre es uns ein Leichtes daselbe in das rechte Licht zu stellen. Wir verzichten aber darauf, da die Aufklärung über die schwerwiegenden „Dokumente“ an Gerichtsstelle erfolgen wird.“

Woran? „Der Stahlwarenarbeiter“ erwiderte, daß diesen angeklagten Prozeß nicht lösen, und wenn er aus-

1000 Mark Losten sollte. und nun kommt das „Metallarbeiter-Stg.“ meint daraufhin, damit habe sich „Der Stahlwarenarbeiter“ schon schuldig bekannt und schreibt in ihrer Nr. 45 wörtlich weiter:

„Nun war unsere Notiz ja etwas dunkel gehalten. Das geschah aber absichtlich, und was wir damit erreichen wollten, ist erreicht. Aber zu jener Aufregung wollten wir jetzt mitteilen, daß ein einigmal gegen ihn noch niemand gedacht hat — wir können das sogar durch Zeugen beweisen —, er wird deshalb seine taugend Mark behalten. Die Stuttgarter „Cligue“ ist nicht so unmenslich, den „Stahlwarenarbeiter“ noch mehr in die „Reihen“ zu treiben und zu zwingen, auch weiser denjenigen, die seine Prüfer sein sollen, so juristische Hilfe beziehen zu müssen.“ Er hat vielleicht sogar noch Ansehen, bei der „Klärung“ ein Geschäft zu machen. Nun mag er sich von neuem aufs Malen verlegen.“

Läßt das nicht tief blitzen? An eine Klage gegen den ungeheuerlichen Vorwurf hatte „noch niemand gedacht“, sie lassen es ruhig auf sich sitzen. Die Schlussfolgerungen der Met.-Stg. betr. des Schuldigbekenntnisses seitens des „Stahlwarenarbeiters“ sind denn doch so gewaltig, daß selbst die Genossen das kaum begreifen werden.

Eindringlich heißt es in der „Metallarbeiterzeitung“, Nr. 39, Nr. 40, daß die Christlichen noch viel Arbeiterverrat auf dem Kerbholz hätten. Wir unterlassen es, hierauf mit der Retourkutsche zu antworten, glauben aber in Vorstehendem unter Mitteilung von Zeugen aus dem eigenen sozialistischen Lager sozial Arbeiterrat, Streikbruch und Unrechthäßigkeit der Stuttgarterin nachgewiesen zu haben, daß sie alten Grund hat, zunächst vor ihrer eigenen Tür zu stehen.

Da die Polemik der „Metallarbeiterzeitung“ in den Versammlungen wie auf den Arbeitsplätzen Gegenstand der Diskussion sein wird, dürfte es angebracht erscheinen, daß unsere Kollegen sich das Vorstehende merken und gelegentlich als Material verwenden. M. S.

Ein mächtiger Protest gegen die sozialdemokratische Gewalt Herrschaft in Bielefeld

war die am 15. Dez. stattgefundene Versammlung, über die wir in der vorigen Nummer schon kurz berichteten. Wie während die bei dem Festzug abgebliebenen Genossen über diese Versammlung waren, gaben sie schon einige Tage vorher durch folgende Notiz in der „Volkswacht“ zu erkennen:

„Eine Komödie! Seitens der „Christen“ ist zum Sonntag nachmittag bei Debour eine öffentliche Versammlung einberufen worden mit der Tagesordnung: „Das gegenseitige Verhältnis der Arbeiterorganisationen mit besonderer Berücksichtigung der Vorgänge in Bielefeld.“ Referent: Redakteur Bergmann-Duisburg. Die Komödie ist denn doch zu dumm, als daß wir darauf hineinfallen. Wenn den Frommen darum zu tun ist, einmal das ganze Verhalten ihrer Organisation besonders im Falle Görde einer Kritik der Öffentlichkeit zu unterstellen, warum nehmen sie dann nicht größere Säle, in denen dann wenigstens einige Tausend Menschen Platz haben? Wenn die Herren dann bei freier Diskussion, die ist doch Voraussetzung, mit uns einmal die Klinge kreuzen wollen, dann werden wir auf dem Posten sein. Aber unter diesen Umständen ist die Komödie denn doch zu durchsichtig. Man will eben einer Aussprache vor der breiten Öffentlichkeit aus dem Wege gehen. Wie empfehlen allen Kollegen und Parteigenossen, dieser mit jesuitischer Schlaueit arrangierten Versammlung fernzubleiben.“

Die Genossen waren dieser Aufforderung gemäß denn auch der Versammlung ferngeblieben, mit Ausnahme einer kleinen Anzahl, die wahrscheinlich geschickt waren, um Bericht zu erstatten. Trotz des Fernbleibens der Sozialdemokraten war jedoch der Saal überfüllt. Die Tische mußten entfernt werden und dennoch haben viele der Anwesenden mit einem Stuhlplatz vorlieb nehmen müssen. Schon dieser demonstrative Besuch war eine deutliche Antwort auf die Gewalttätigkeiten der Genossen und den Verzicht des roten Blattes, die Versammlung zu einer „Komödie“ kempeln zu wollen. Diese „Komödie“ wird den Bielefelder Genossen noch lange unangenehm in den Ohren klingen.

Der Leiter der Versammlung, Kollege Wehmeier dankte bei der Eröffnung allen Anwesenden für das überaus zahlreiche Erscheinen. Das „totgeborene Kind“, wie Severing die christl. Gewerkschaften bezeichnet habe, sei heute schon bedenklich lebenskräftig geworden, wie sich die Genossen an dem demonstrativen Besuch dieser Versammlung überzeugen könnten. Dann erteilte er dem Referenten Kollegen Bergmann-Duisburg das Wort.

Redner wies eingangs darauf hin, daß er vor Jahresfrist schon einmal in einer öffentlichen Versammlung in Bielefeld sprechen sollte. Damals seien die christlichen Kollegen aber unvorsichtig genug gewesen, einen Neijensaal zu nehmen, wo dann etwa 2000 hintommandierte Genossen auf das Signal des Obergewissen Buße die Versammlung gesprengt und unmöglich gemacht hätten. Daß die janatizierten roten Genossen dieses gern heute wiederholt hätten, gehe ja schon aus der wutchnaubenden Notiz der „Volkswacht“ hervor. Wir hätten natürlich nicht den geringsten Grund, den Genossen Gelegenheit zum Versammlungssprengen zu geben, unsere Veranstaltungen seien für die christlich-nationalen Arbeiter und Bürger

da, wie werden zwar auch den Sozialdemokraten den Zutritt nicht verweigern, falls sie sich als Gäste anständig benehmen. Heute seien die christlichen Gewerkschaften Bielefelds aber auch stark genug, allein einen großen Saal zu füllen, wie diese imposante Versammlung beweise, die Genossen könnten deshalb getroffen draußen bleiben.

Redner ging dann auf das gegenseitige Verhältnis zwischen den christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften ein. An der Zerstückelung der deutschen Arbeiterschaft in verschiedene Organisationsrichtungen, die im Allgemeinen diese der Arbeiter zu bedauern sei, wären nicht die christlichen Arbeiter schuld, sondern die zu Unrecht sogenannten „freien“ Organisationen, weil sie ihre wirtschaftlichen Bestrebungen mit politischen und unredlichen Zielen verknüpfen und damit alle Andersdenkende abgestoßen hätten. Redner wies dieses im Einzelnen näher nach und widerlegte dann die sozialdemokratischen Vorwürfe, wie sie gegen die christlichen Gewerkschaften fortwährend erhoben werden. Trotz des gefährlichen Kampfes seitens der Sozialdemokratie seien die christlichen Gewerkschaften fortwährend rapide angewachsen und könnten weder durch Hinterlist noch durch brutale Gewalttätigkeiten zurückgehalten oder gar vernichtet werden. Deutlich sei dieses auch durch die Erfolglosigkeit des ständigen Vernichtungskampfes erwiesen, der in den letzten Monaten hier in Bielefeld von den Führern des soziald. Met.-Verb. gegen unsere christlich-organisierten Metallarbeiter inszeniert wurde.

Der gewalttätige Terrorismus der Sozialdemokratie gegen Andersdenkende sei das traurigste und schmachvollste Kapitel der Deutschen Arbeiterbewegung und jöhlage dem Prinzip wahrer „Freiheit und Brüderlichkeit“, das die Genossen doch auf ihre Fahne geschrieben, geradezu ins Gesicht. Roher Gemisenszwang und Terrorismus sei stets verwerflich, von wem und gegen wen er immer ausgeübt werde. Doppelt verwerflich sei er jedoch von einer Mischung, die vorgibt für die Befreiung der Menschheit aus Gemisenszwang und Unterdrückung kämpfen wolle.

In Bielefeld hätten sich die Genossen bisher als unumschränkte Herrscher betrachtet und hätten die Intoleranz soweit getrieben, Andersdenkenden das Recht auf Arbeit abzubrechen zu wollen. Als eine größere Anzahl christlicher Arbeiter in Bielefeld Arbeit angenommen, sei der bisherige stille Vernichtungskampf ganz offen, bis auf die Straße inszeniert worden. Der Referent ging dann auf die Einzelheiten des Kampfes näher ein, wie sie in der vorletzten Nummer unseres Organs schon im Zusammenhang geschildert wurden. Vielfältige Mißhandlungen durch die Versammlung, als die vielen vorgekommenen Mißhandlungen von christl. Arbeitern durch die janatizierten roten „Freiheitskämpfer“ erwähnt wurden.

Das jetzt von den Sozialdemokraten angeleitete Gejöhre über „christlichen Streikbruch“ bei Görde sei die Frechheit und Verlogenheit auf die Spitze getrieben. Ein berechtigter Grund zum Streifen sei garnicht vorhanden, es sehe vielmehr sehr, daß sich der Kampf einzig und allein gegen die christlichen Arbeiter richte. Die Geschichte mit dem geschädigten Banke sei willkürlich provoziert und an den Haaren herbeigezerrt, um doch der genasführten roten Masse und der Öffentlichkeit etwas von einem Grund zum Streifen vorgaukeln zu können. Als der „Streik“ bei Görde schon vom Saum gebrochen war, habe sich der sozialdemokratische Bezirksleiter erst bei der Firma Informationen erbeuten, um wahrheitsgemäß an die Zentrale berichten zu können. Das hätte die rote Bezirksleitung vor Ausbruch des Streiks tun sollen, dann hätte dem soziald. Verband diese Niederlage erspart bleiben können.

Aus gut unterrichteter Quelle hätte die christliche Bezirksleitung erfahren, daß die soziald. Verbandsleitung in Stuttgart zuerst den „Streik“ — d. h. Unterstützung für den statutenwidrig inszenierten Kampf — nicht bewilligen wollte. Und erst, als der „Streik“ schon zwei Wochen gedauert hatte, hat die Stuttgarter Zentrale wohl oder übel die Unterstützung nachträglich bewilligt, um eine Putschrevolution im Riesen Haus in Bielefeld zu verhindern. Dadurch wird auch das Schweigen der roten „Metallarbeiterzeitung“ erklärlich, die bekanntlich erst in ihrer Nr. 48 nach mehrmonatlichem Stillschweigen in das verlogene Gejöhre der soziald. Tagespresse einstimmt, obgleich sie doch in erster Linie zum roten verpflichtet gewesen sei.

Für die sozialdem. Verbandsleitung sei es bezeichnend, daß sie ihren radikalen Anhängern gegenüber nicht mehr Widerstandskraft zeigen könne; daß sie hier einen Kampf gegen Andersdenkende materiell unterstütze und sich damit zum Mit- und Hauptschuldigen des schamlosen Terrorismus der Bielefelder Genossen gemacht habe. Selbst wenn die Angaben der Genossen nicht erlogen wären, wäre der „Streik“ bei Görde noch immer unberechtigt und könnte von einer vernünftigen Verbandsleitung nicht verantwortet werden. Denn hier streift der rote Met.-Verband für die Aufrechterhaltung des verurteilten sozialdem. Maul- und Phrasenheides — o. Fronte des Schiffs — sonst immer gegen dieses System Sturm

laufen. Daß die Genossen in ihrer Verhaftung teilhaftig und Beschuldigten um diesen heißen Posten so vorsichtig herumgehen, wie die Kaze um den heißen Brei, ist daher allzuverständlich, wenn es auch unehrlich ist.

Zum Schluß seiner Ausführungen konstatierte der Referent unter dem tosenden Beifall der Versammlung, daß der raffinierte, aufdringliche Vernichtungskampf durch die Standhaftigkeit der christlichen Arbeiter siegreich für uns abgeschlagen sei. Die Unbuddsamkeit und Brutalität der Genossen habe die christlichen Arbeiter zum geschlossenen Widerstand herausgefordert und das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreicht. Der christliche Metallarbeiterverband sei in ungeahnter Weise angewachsen und habe sich in kurzer Zeit in Bielefeld mehr wie verdoppelt. Bei der Firma Görde allein hätten wir jetzt weit über 300 Mitglieder, während es im vorigen Herbst nach einer Zählung durch Severing nur „anderthalb“ Mitglieder gewesen sein sollte. Der Besuch und Verlauf der heutigen Versammlung könne den Genossen zeigen, daß es mit ihrer Allein- und Gewalt Herrschaft in Bielefeld ein für allemal zu Ende sei. Dem Referat folgte ein wahrer Beifallssturm.

In der nachfolgenden ausgedehnten Debatte nahm zuerst Kollege Schmidt das Wort, der eine Reihe von Einzelheiten aus dem bisherigen Kampfe vorbrachte und zum festen Zusammenhalten für die Zukunft aufjforderte. Bei Görde hätten die janatizierten Gegner zwar das Spiel verloren, aber damit sei der Kampf in Bielefeld noch nicht zu Ende.

Ein Genosse, angeblich vom roten Bauhilfsarb.-Verb., wollte den Kollegen Wehmeier anklagen, daß er ohne die gnädige Erlaubnis der Roten seine Wohnung gewechselt habe. Weiter rebete er allerhand Unjam, der garnicht zur Sache gehörte.

Kollege Wehmeier gab ihm eine Antwort, die für ihn wie für alle Genossen schwer herdarflich war. Er schilderte eingehend den brutalen hinterlistigen Überfall auf offener Straße. Wie er zunächst von einigen roten Wegegängerern angegriffen, dann von einem Feigling hinterläßt über den Kopf geschlagen wurde, (vielfältige Mißhandlungen) daß das Blut hoch aufspritzte. Wie dann der ganze plöflich wie aus der Erde hervorgetragene Karbagen ihn verfolgt, vor seiner Wohnung randaliert (einige rote Janatiker brangen sogar ins Haus ein) und sämtliche Fenster-scheiben einwarfen, daß die Familie flüchten mußte. Schon um der Sicherheit seiner Familie willen sei der Wohnungswechsel eine Notwendigkeit gewesen, was übrigens ja auch keinen Genossen das geringste angehe. Am 15. Januar hätten sich die roten Strauchritter vor Gericht zu verantworten, dann würde ihre schmachvolle Verleumdung richtig aufgedeckt werden. Und nicht nur in diesem, sondern auch noch in einer Reihe anderer Fälle von tätlichen Mißhandlungen habe die Staatsanwaltschaft das Versehen gegen die Uebel-täter eingeleitet.

Vom christlichen Holz- und Bauarbeiterverband sprach ein Kollege, um die Sympathie und Unterstützung ihrer Berufe für die christl. Metallarbeiter in dem Kampf um die Erlösung ihrer Organisation zum Ausdruck zu bringen. Der Vertreter des christlichen Maurerverbandes äußerte noch an, was von der Einigkeit der Genossen zu halten sei. Hätten auch sie jetzt erfahren. Vor längerer Zeit hätten die christl. Bauarbeiter ein Schreiben an den roten Maurerverband gerichtet, zwecks gemeinsamer Vorgehen bei den bevorstehenden Lohnkämpfen, aber bis heute hätten die Genossen noch keine Silbe geantwortet.

Ein Genosse, der sich anscheinend etwas viel Krutrage angetrunken und die Versammlung durch fortwährende lärmende Zwischenrufe zu stören suchte, erklärte, als er auf Verlangen eines Versammlungsteilnehmers der Polizei seinen Namen angeben mußte, daß er „keine Worte mehr“ habe, was eine stürmische Sachfrage auslöste, worauf sich dieser Vertreter der „Intelligenz“ verduftete.

Kollege Freil ging mit dem sozialdemokratischen Strauchrittertum scharf ins Gericht. Er wies die von der roten Presse erhobene Verleumdung, als ob der christliche Metallarbeiterverband sich an die Bielefelder Unternehmer verkauft habe, mit aller Entschiedenheit zurück. Auch nicht ein Tümelchen unserer vollen Selbstständigkeit hatten wir preisgegeben und würden dies niemals tun.

Niederträchtig sei auch die Andeutung der „Volkswacht“ und des roten Düsseldorf Organs, daß die christlichen Führer wohl von den Unternehmern extra bezahlt würden. Solche Praktiken übersehen wir den sozialdem. Führern, die wie z. B. Seubler in Belbert mit Provision arbeiten wollten. Dann wies Kollege Freil im einzelnen nach, daß der Vorwurf, als ob die Christlichen rotorganisierte Arbeiter vor ihren Plätzen verdrängt hätten, eine bewusste Unwahrheit sei. Die „Volkswacht“, die immer schreie: „Namen nennen!“ werde hiermit aufgefordert, einmal Namen zu nennen von denjenigen Genossen, die entlassen und durch christliche Arbeiter ersetzt worden seien. Die Bezirksleitung des christlichen Met.-Verb. würde es ganz entschieden ablehnen, Arbeiter zu verdrängen, aber auf freigewordene Stellen hätten wir stets dasselbe Recht zur Besetzung wie die Genossen und dieses Recht würden wir zu verteidigen wissen.

Exakte und gewerkschaftliche Mundschau.

„Frühere Zigarettenarbeiter und sonstige Vermittler.“

Der Verein deutscher Eisenhüttenleute hat am 8. Dezember in Düsseldorf seine Jahresversammlung abgehalten. Dem die schließlichen Schatzmacherei hat es auch da nicht abgesehen. Der Vorsitzende, Kommerzienrat Dr. Springorum, Generaldirektor vom Eisen- und Stahlwerk Hoesch in Dortmund, hat in seinem Geschäftsbericht nach der Köln. Volkszeitung u. a. auch folgendes ausgesprochen:

„Mehr als sonst ist fester Zusammenhalt erforderlich, und gute Organisation zu suchen wird uns unabwendbare Pflicht, nicht nur zur Vertretung unserer Interessen nach außen, sondern ebenso wohl an der Spitze und ergebnismäßigen Führung unserer Bestrebungen und unserer Betriebe. Ohne Kraft durchgeführte Disziplin können wir weder die in unseren modernen maschinell hochentwickelten Betrieben schon früher so außerordentlich erschwerte Verantwortung für Leben und Gesundheit unserer Arbeiter und Beamten tragen, noch den hohen Anforderungen genügen, die heute an die Qualität unserer Erzeugnisse gestellt werden, noch auch die uns anvertrauten Kapitalien wirtschaftlich so verwalten, wie es unsere Pflicht ist. Es erscheint mir angeeignet, daß wir uns daran erinnern, daß die natürlichen Verhältnisse, unter denen unsere vaterländische Eisenindustrie arbeitet, im Vergleich mit anderen Staaten ungunstig sind, daß nur durch unablässige und zielbewusste Arbeit unsere Eisenindustrie zu ihrer heutigen Bedeutung sich aufschwüngen hat, und daß alle Maßnahmen, die unsere Arbeitskraft zu einem Hindernis für die Entwicklung zu leisten tendieren, sich nicht nur für uns, sondern auch für die Nation als ein Hindernis erweisen, unter denen wir es für richtig halten und auch die Verträge der Eisenhüttenwerke für Zigarettenarbeiter oder sonstiger Vermittler in unsere Betriebsverhältnisse abzuheben, selbst wenn wir uns dadurch der in sonstiger Weise genannten Vorkurs des „Gewerkschafts“ zuwenden. Wir können einen solchen Vorkurs um so leichter ertragen, als tatsächlich bei keinem von uns ein Zweifel obwalten wird, daß auf unseren Werken alle, von jüngsten Arbeiter bis zum ältesten Leiter herauf eine große Kameradschaft bilden, in der ein jeder Kamerad hat, je nach seinen Kräften an Geldlohn mitzumachen und nicht nur seine Arbeit, sondern auch ein persönliches Wohl zu fördern. Daß auch die rein menschliche Seite nicht zu kurz kommt, wie es die uns feindseligen, von außen auf unsere Werke sich herandrängenden Kräfte immer wieder zu bezeugen pflegen.“

Mit den früheren Zigarettenarbeitern und sonstigen Vermittlern meint der Herr Generaldirektor die Organisationsvertreter. Die müssen nach Ansicht des Redners generell abgewiesen werden. Und im selben Atem redet der Generaldirektor von der „großen Kameradschaft“. Für eine solche „Kameradschaft“ müssen sich denkende Arbeiter ganz entschieden bedanken. „Mehr als sonst ist fester Zusammenhalt“, fordert er, sagt Herr Springorum, aber das soll nur für die Götzenherren, für die Großkapitalisten, heiligt aber nicht für die Arbeiter Geltung haben. Oder was denken sich die Schatzmacher, die ja angeblich niemals etwas gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter einwenden wollen, von einer Arbeiterorganisation, wenn deren gewählte und persönliche Vertreter die Mitglieder u.ä. vertreten sollen? Die Unternehmer lassen ihre Interessen doch auch durch einzelne Führer vertreten. Die Anwesenheit der Ober-Schatzmacher ist geradezu kastrationsbedeutend.

Metallarbeiter auf die Schanzen! Hinein in die Organisation! Die Anerkennung derselben werden wir uns auch von den Eisen- und Stahlhütten erkämpfen müssen. Und wir werden das Ziel um so eher erreichen, wenn unsere noch adreits Lebenden Arbeitsbrüder endlich einmal aufwachen und unter das Banner unserer Organisation treten. Schließt die Reihen, durch Kampf zum Sieg.

Zur Frage der ausländischen Arbeiter.

Mit der Abwendung der Gefahren und Sorgen, die uns durch die ausländischen Arbeiter erwachsen, befaßt sich ein Vorschlag, der vor einigen Wochen in der „Lokal. Mundschau“ gemacht wurde. Es wird dort die Übernahme der ganzen Arbeiterzufuhr und -Abfuhr in deutsche Hand, verbunden mit absoluter militärischer Sperre der östlichen Grenzen gefordert. Der Vorschlag wird folgendermaßen ausgebaut:

„Der Bedarf an ausländischen Arbeitern bemisst am Anfang des Jahres für jeden Kreis besonders bei dem Landrat angemeldet werden, der die betreffende Zahl bei der Grenzbehörde festsetzt, auf die einzelnen Güter verteilt und die Arbeiter in Frühlings unter militärischer (oder Gendarmen-) Bewachung, ähnlich wie bei Militärtransporten, an die Arbeitsstelle bringen läßt. Arbeiter ohne die besonders einzuholende Arbeitslegitimationkarte dürfen bei Strafe nicht beschäftigt werden. Am Schluß der Arbeitszeit müssen alle Arbeiter per Schuß wieder an die Grenze transportiert werden. Die Kosten der Reis- und Wäher könnten in Gehalt einer für jeden Arbeiter zu zahlenden Gebühr auf die Arbeitgeber abgewälzt werden, die dabei immer noch besser fahren würden, als bei heutigem System der privater Vermittelung, das sie einer oft heillosen Ausbeutung durch die Vermittler aussetzt.“

Die „Nat.-Ab. Kor.“ bemerkt dazu, der Vorschlag verführe sie wie alle großen Mittel, nach eben symmetrisch. Hierzu sagt die „Ab.-B. Ztg.“ in ihrer Nr. 1119 vom 8. November: „Wir meinen, ohne solche große Mittel werden wir die flüchtige Wanderlust, die

unter Volkstum zu überwinden droht, nicht zu stillstand bringen.“

Es wäre zuerst zu wünschen, daß anderen Arbeitgebern bei ihrem Vorgehen, ausländische Arbeiter heran zu ziehen, um die unbilligen Löhne zu mindern, der Staat der Behörden verlagte bliebe. In dieser Sache der Länderfrage drückt man sich allenthalben vorüber.

„Nunmehr können die staatlichen Behörden in dieser Frage vorzugehen zu wollen. Wie die „Köln. Volkszeitung“ berichtete, haben kürzlich in Wien unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Heinrichs als Vertreter des Ministers des Innern und in Anwesenheit von Vertretern des Ministers für Landwirtschaft und des Handelsministers der Regierungspräsidenten von Düsseldorf und Aachenberg des Leiters der Feldarbeiter-Zentrale zu Berlin, und mehrerer Landräte aus dem hiesigen Bezirk Verhandlungen mit Vertretern des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen über die Einführung von Zulands-Zwangsligitimationen für ausländische Arbeiter stattgefunden. Es handelt sich hierbei darum, die Polizeibehörden instand zu setzen, an der Hand deutscher Legitimationspapiere die ausländischen Arbeiter, unter denen in der letzten Zeit Unbotmäßigkeiten, Gewalttätigkeiten und vor allem Kontraktbrüche in bedenklicher Weise zugenommen haben, einerseits besser zu überwachen und zu geordneten Verhalten anzuhalten, andererseits ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, falls sie der obrigkeitlichen Hilfe bedürftig sind. Zu diesem Zweck sollen an der österreichischen und russischen Grenze in 37 Orien Grenzämter der deutschen Feldarbeiter-Zentrale zu Berlin errichtet werden, welche für die aus Rußland und Oesterreich-Ungarn und deren östlichen Hinterländern kommenden Arbeiter Zulands-Ausweispapiere anfertigen haben. Nach mehrmaligen Verhandlungen wurde der folgende Beschlus Antrag angenommen: Die Verammlung erhebt gegen die Einführung einer Zulands-Zwangsligitimation für ausländische Arbeiter nicht nur keine Bedenken, sondern hält sie sogar für wünschenswert. Sie ersucht den Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und den Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen die weitere Verfolgung dieser Angelegenheit in Verbindung mit der Feldarbeiter-Zentrale in die Hand zu nehmen.

Wenn diese Angelegenheit den Unternehmern überlassen wird, werden die inländischen Arbeiter auf der Seite sein müssen, daß sie dabei nicht schwer benachteiligt werden.

Den konfessionellen Sechern ins Stammbuch.

Einem Bericht, der konfessionellen Verfolgung auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongress, der dem meisten Teilnehmern entgangen ist, weil das Bureau fast voll und einsichtig genug war, den Kongress damit nicht zu beschäftigen, bringt nunmehr die „Arbeit“, das Organ der evangelischen Arbeitervereine Berlins und des nationalen Wahlauschusses (Sitz Eisen) an die Öffentlichkeit. Die „Arbeit“ erwirkt sich damit unrettbar ein Verdienst um unsere Bewegung. Wenn der Kongress nicht der Ort war, um jenen Vorgang zu würdigen, so ist es jetzt an der Zeit, damit an die Öffentlichkeit zu gehen, damit die christlichen Arbeiter diejenigen kennen und schätzen lernen, welche selbst solche Dienstleistungen wie den christlich-nationalen Arbeiterkongress zu betreiben versuchen, um den konfessionellen Spalt zu schüren. Es handelt sich um den Versuch, ein Flugblatt auf dem Kongress zu verbreiten, welches nichtsnutzige Angriffe gegen die Katholiken, besonders gegen die katholischen Arbeitersekretäre und christlichen Gewerkschaftssekretäre enthält. Die „Arbeit“ teilt über den Vorgang folgendes mit (Nr. 46. 97):

„Der Landtagsabg. Franzen (Wesensleben-Schalle) ist ein Katholikenhasser wie kaum ein zweiter. Auf dem Berliner Arbeiterkongress wollte er ein Flugblatt niedrigster Sorte zur Verteilung bringen lassen, um die Delegierten beider Konfessionen gegeneinander zu hetzen. Der Vorsitz des „Völkervereins“, welcher durch Herrn Franzen beauftragt war, die 600 Flugblätter zu verteilen, befaßt aber soviel Tatkraft, dem Wunsch des Herrn Franzen nicht nachzukommen, und wenn die Flugblätter noch nicht geholt worden sind, liegen sie heute noch in einem Berliner Hotel, wo sie zu einem wichtigen, einzig richtigen Zweck verwendet werden.“

Darin schreibt Herr Franzen, daß das Vorgehen der national-liberalen Arbeiter im Saargebiet gegen den Koalitionsrat durch nationale Großindustrielle, ein Machtwort der christlichen Gewerkschaften aus dem Saargebiet sei, welche von ultramontanen Plätkern und Parteifreikäuern geleitet werden.“ Weiter:

„Diese ultramontanen Führer, einschließlich der Abgeordneten in den christlichen Gewerkschaften, sind aber bezahnte Futter-schneidemühlen, für Zentrumswahlen.“ Die Worte der Gladbacher Jesuitenschule scheint man endlich erbrechen zu können und ihre Absichten durchschauen zu haben. Hier werden die geheimen Götzenbilder aufgeschloßen, welche katholischen Arbeitersekretäre unter der Firma „Christliche Gewerkschaften“ die schwersten Gefahren für unsere Industrie und das Aufkommen von Arbeit u. Kapital bringen.“

Das bemerkenswerte bei diesem jungen Herrn ist, daß die sozialdem. Führer die Augen im Streit geschlossen und daß diese zur Schließung des Haffes das Menschenunmöglichste geleistet hätten. Das Verhalten eines Seeräuber und Bube sei natürlich eines Mannes, der an verantwortlicher Stelle steht. In einer ganzen Reihe von Fällen zeigte Redner, wie diese Jünger ihre Nachläufer fanatisiert und zu den Ungeheuern aufgehetzt haben. Der ganze Terrorismus ist daher voll und ganz auf das Konto dieser Übergeordneten.

Ein Genosse Verdes vermagte objektiv zu bleiben. Er meinte, es sei doch besser, wenn sich die Organisationsverträge unterzeichnen. (Sehr richtig, jedenfalls es ihm da entgegen.) Der Referent habe ja ja täglich gesprochen, aber seiner Ansicht nach habe man den Grund des Streiks bei Weitem unrichtig dargestellt. Der betr. Verein sei stets energig für die Arbeiter eingetreten und deshalb von der Firma gemahngelassen worden. Zum Schluß richtete er an den Referenten die Bitte, auf eine Verständigung zwischen den Organisationen hinzuwirken.

Zum Anlaß des Streiks bei Görtsche Woll-Kollege Wehmerer nunmehr darauf hin, daß ein halbwegs berechtigter Grund gar nicht vorhanden sei. Der Referent habe ja schon das Nötige dazu gesagt. Was nun die energigste Arbeitervertretung durch Wange betreffe, so könne man das schon aus folgendem ersehen: Von 132 Mark in einer Lohnperiode stecke Wange 82 M. als Kolonnenführer für sich ein und gab seinen Mitarbeitern, der ebenso viel Stunden und vielleicht mehr Arbeit gemacht hatte, ganze 50 M. Was das nicht „brüderlich“ geteilt? Wie verhält sich das denn mit der „Gleichheit“? Und welche Leute werden von den Genossen als „energigste Arbeitervertreter“ bezeichnet. Für die Aufrechterhaltung eines solchen „brüderlichen“ Systems der „Gleichheit“ hat der vorerwähnte Verband 120 Dreyer im Streit, gemäß seinen eigenen Beteuerungen. So steht es mit der „Interessenvertretung“ des Wange aus. Mit dieser Wäre werden die Genossen nicht auch sehr glücklich haben können.

In der Debatte sprachen dann noch die Kollegen Gint, Bäcker und Arbeitersekretär Krings, der auch die unmorgantisierten Kollegen zum folgenden Eintritt in den christl. Verband aufforderte.

In seinem Schlusswort betonte Kollege Bergmann zunächst, daß der Genosse Verdes seine Mahnung zur Verständigung an die andere Adresse, nämlich an die soziald. Führer richten müsse. Die christl. Arbeiter suchen den Kampf nicht, können auch diesen nur vorgeben im Interesse der Selbstbehaltung aufgenommen. Wollte man auf der anderen Seite den Frieden, — wovon man allerdings bis jetzt nichts gemerkt habe, — dann würden die christlichen Kollegen dem, die christlichen Metallarbeiter werden ihre Forderungen hochzuhalten und ihre Sache zu verteidigen wissen. Der Genosse Verdes habe ihm dem Referenten bestätigt, daß er sachlich gesprochen habe. Ob er das selbe vielleicht von den unklugen Schimpfartikeln der „Volksrecht“ auch behaupten würde. Überdies lehnten es die christlichen Arbeiter ab, in einem solchen rohen, wüsten Sanhedrion zu kämpfen, wie es seitens der Sozialdemokraten geschieht. Die christlichen Gewerkschaften haben es nicht nötig, ihre Sache mit solchen jämmerlichen Mitteln zu verfechten. Der Vernichtungskampf der Genossen in Bielefeld gegen die christlich-organisierten Metallarbeiter sei eine Tat der Schmach und Schande in der Geschichte des freien Met.-Verbandes. Die in den Streit getretenen Mitglieder, die nun auf der Straße stehen, seien ja zu bedauern, könnten sich für ihre jetzige Lage aber bei ihren Führern bedanken.

Der jetzige Vorstoß der roten Terroristen sei vollständig abgeblasen und auch für die Zukunft würden die christlichen Metallarbeiter geruhet dastehen, wenn es die Existenz ihrer Organisation und ihr gutes Recht auf Arbeit zu verteidigen gelte. Die heutige demonstrative Besuche und so glänzend verlaufene Versammlung zeigte den Genossen und der ganzen Öffentlichkeit, daß eine Unterwerfung und Zurückdrängung der christlichen Gewerkschaften ein ganz vergebliches Bemühen in Bielefeld sei. Der heutige erfolgreich abgewehrte Vernichtungskampf habe weit über Bielefeld hinaus Bedeutung und mit Stolz und Anerkennung bildeten die christlichen Arbeiter allerwärts auf die christlichen Arbeiter Bielefelds, die diesen ungleichen und schweren Kampf siegreich durchgeföhrt hätten. Am die Schanzen, vor die Front, damit schloß der Referent seine Ausführungen, die einen begeisterten Beifallssturm auslösten.

Einmütig wurde dann die in der vorigen Nr. schon mitgeteilte Resolution angenommen. Selbst die noch anwesenden Genossen stimmten nicht dagegen. Mit einem dreimaligen donnernden Beifall auf den christlichen Metallarbeiter-Verband endete diese imponante Versammlung, die den roten Terror in Bielefeld an den Pranger gestellt und gegen die brutale Gewalttätigkeit der angeblichen Vertreter von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit einen vernünftigen Protest eingelegt hat.

(Einige der roten Terroristen hat sich eine goldene schon gerichtlich beschlagnahmt lassen. Der Genosse Salzen wurde, wie uns kurz vor Redaktionsschluss mitgeteilt wird, am 19. Dezember wegen Verletzung der 19. Kl. und wegen vorläufiger Körperverletzung am 20. Kl. Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt.)

Hinter unsren geschichtlichen Kollegen in der Lage, die den schweren Kampf um das Wahlrecht zu führen gelangten sind, steht die gesamte christlich-organisierte Arbeiterschaft, wie alle denkenden. Darum ist herzlich ausgesprochen die aufgezungenen Kampf, hoch die christliche Arbeiterorganisation.

Die Schachmacher im Egger- und Brühlthal.

Die kleinen Untermehrer in dem Bezirk der Reichs Sieg, Brühlthal und Gammelsbach kämpfen mit einer Minderheitspartei und raffinierteren Schachmacherei gegen die christlichen Bergorganisationen, die einer besseren Sache mächtig sind und den Bergbauarbeitern als Bued, Tille, Korbner zur Hilfe gereichen könnten. Mit schönen Versprechungen, Gutzern, Öl und den besten... Abmitten Beschritten lassen diese hier zu „Hören im Hause“ die Arbeiter von den gefährlichen und bitter gehaltenen christlichen Gewerkschaften fern zu halten. Nicht das Recht, dann wird brutales Gewalt. Maßregelnungen, Ausperrungen u. s. w. angewandt, denn bei diesen Leuten scheint der Grundgedanke Wahrung zu haben: „Nacht geht vor Recht.“

Als vor einigen Sonntagen eine Versammlung der Arbeiter eines Eisenwerkes im Aggroland wurde Aufklärung über Notwendigkeit und Wesen der Organisation stattfinden sollte, wurde diese von dem Arbeitgeber ein sogenannter Familienabend abgehalten. Es ist dies ein schon vielfach verbrauchtes Mittel, um die Leute von den Versammlungen der Organisationen abzuhalten. Solche und ähnliche Manipulationen sollen dazu dienen, das Wachstum der christlichen Arbeiterbewegung zu verhindern. Da, was die Arbeitgeber für sich selbst in so ausgiebiger Weise in Anspruch nehmen, wollen sie mit allen rechtlichen Mitteln den Arbeitern unmöglich machen. Nachdem es paßt, werden die Organisationen entweder als Zentrumsvereinigungen verschrien, um besonders den evangelischen Arbeitern den Eintritt zu verweigern, oder sie werden als sozialdemokratisch bezeichnet. Diese Maßregeln werden solange benutzt, als sie Erfolg haben. Sobald aber die Arbeiter nach dem ihr ganzes Recht in Anspruch nehmen, werden sie, wo der Arbeitgeber sich hart genug fühlt, ausgeperrt und hinfällig gemacht.

Den Vessern unseres Verbandsorgans ist bekannt, daß die Firma Linden u. Comp. in Aried, nach Mitteilung Solingen, sowie die Firma W. B. L. in I. A. Ch., Widdelsdorf und Beschäftigten in der Gegend ihrer Arbeiter wegen der Zugehörigkeit zum christlichen Metallarbeiterverband samt mit Rücksicht auf die Strafe geworfen haben. Dieses unchristliche Vorgehen gegen die Rechte der Arbeiter wird von den Schachmachern auch noch systematisch verfolgt.

Am 12. November schrieb die „Bergische Arbeiterzeitung“, ein Schachmacherorgan, an den Vorstand dieses Landes: „Wir haben die Firma Linden u. Co., befindet sich in der Gemeinde Muen, durch das Wissen der von uns hergekommenen Agitatoren bedrängt, Maßnahmen zu treffen, zu streifen und dem Verband zu trennen, wobei die Firma, die mit der höchsten Löhne im Lande zählt, erklärte, sie betrachte den Schritt als „Kündigung.“ Hier muß man also zugeben, daß man den Arbeitern das Recht, sich zu koalieren, verweigern wollte, von dem verwerflichen Verfahren des Kritischschreibers ganz zu schweigen, der trotzdem diese Aussperrung zum Streit hinstellen möchte. Von Verhandlungen der Arbeiter, von einer Absicht zum streifen war noch gar keine Rede in Arbeiterkreisen gewesen. Sie hatten nur von ihrem gesetzlichen Recht des Zusammenschlusses Gebrauch gemacht und wurden dafür aus Arbeit und Brot gebracht, von Unternehmern, die selbst ihre Organisation zum Nutzen ihres Geldsacks zu gebrauchen wissen. Auch auf einer Ebene in der Umgebung wurde den Leuten mit sofortiger Entlassung gedroht, falls sie sich der Organisation anschließen. Auf dem Vertretertag der deutschen Industriellen sprach man sich nach einem Referat des Generalsekretärs Bued gegen jede Erweiterung des Koalitionsrechtes aus.

Wo so wenig Gerechtigkeitsgefühl obwaltet, kann man ermeinen, wie es um die Arbeiterrechte überhaupt bestellt ist. Und dabei steht fest, daß auf diesen Werken die Mißwirtschaft in schändlicher Weise steht. Von den Löhnen ganz zu schweigen, kennt man die Schuggeetze nur dem Namen nach und ist die Behandlung der Arbeiter eine recht harte. Der weiß man nur zu gut, daß sich solche widerwärtige Zustände nur bei einer unorganisierten Arbeiterschaft aufrecht erhalten lassen. Während auch die Arbeiter dieses einsehen und sich geschlossen der Organisation anschließen, dann würden auch für sie bessere Zustände geschaffen und die Verhältnisse, unter denen sie heute leiden, erträglicher werden.

Daß eine aber mögen sich auch die Schachmacher im Egger- und Brühlthal gezeigt sein lassen! Die Organisation der Arbeiter werden sie doch nicht dauernd unterdrücken können. Dafür reicht ihre Macht nicht aus. Jetzt werden die rechtlos gemachten und niedergedrückten Arbeiter erst recht zu denken ansetzen und damit führt sie ihr Recht doch stärker in die Organisationen hinein. Erst nachher und nachher werden sie sich auch in der Gegend von Brühlthal und Gammelsbach

zur Beachtung. Die christliche Arbeiterbewegung ist derart, wenn man sich nur für die Sache, aber den Stand der Bewegung einmündig, andernfalls fällt die Kurve der Bewegung fest.

Wieder, aber die Arbeiterfirma... (Text is partially illegible)

Die Firma... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Die Arbeiter... (Text is partially illegible)

Nach bei Düsseldorf. In Nr. 48 der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ befindet sich ein Artikel unter der Überschrift, der sich mit der Maschinenfabrik Sach in Rath beschäftigt. Zu demselben versucht der Artikelschreiber unsern Bezirksleiter H. Broich wahrheitswidrig alles mögliche und unmögliche anzubilden. Wie liegt der Sachverhalt? In dem betreffenden Betrieb war ein Mitglied des freien Metallarbeiterverbandes entlassen worden. Daraufhin berief der freie Metallarbeiterverband eine Versammlung ein. In dieser Versammlung war unser Kollege Broich anwesend. Es wurden nun zwei Vorschläge gemacht. Einer vom Genossen Bergel, der andere vom Genossen Morins, dahingehend, eine Kommission von 3 Mann zu wählen, um bei der Firma vorstellig zu werden. Der zweite Vorschlag von unserem Kollegen Broich ging dahin, daß die drei Beamten der drei Verbände vorstellig werden sollten, um den Arbeitern bei der sich schon allseits bemerkbar machenden Krise den Rücken zu decken. Nun behauptet der Artikelschreiber, Kollege Broich habe nicht den Mut gehabt, ein Mitglied unseres Verbandes in die Kommission wählen zu lassen, und weiter schreibt er; wo Broich seine Hand im Spiele hat, gibt es Querstrichen.

Dazu ist zu bemerken. Als Kollege Broich in der Versammlung seine Ansicht über die Sache äußerte, fiel Genosse Bergel unangelegentlich über ihn her, um ihm eine andere Meinung über die Sache beizubringen. Dadurch brachte er den Antrag unseres Kollegen zu Fall. Es wurde nun unter Beisein der Kollegen Morins, Broich, Bergel und Broich eine Kommission gewählt, worauf sich auch zwei Mitglieder unseres Verbandes meldeten.

Der Herr Vorsitzende der Artikelschreiber, Broich habe seinen Kommissionsmitgliedern unterlag, vorstellig zu werden. Wie verhält sich nun die Sache in Wirklichkeit? Weshalb der Kollege Morins, so heißt der entlassene Kollege, soll die Firma nicht unterlassen werden, denn das wird derselbe wohl am besten wissen. Man hat sich dem die Genossen unter sich in die Ohren: hätte der Artikel nicht in der „Zeitungszeitung“ gestanden, so wäre auch die Entlassung nicht erfolgt. Also da preist der Wind aus einem ganz anderen Loch, als wie der Artikelschreiber der „Metallarbeiterzeitung“ behauptet. Erklärte nicht der Genosse Morins in der Versammlung, daß er auf eine Wiederentstellung verzichte? Hat nicht H. Broich gegen verschiedene Arbeitskollegen erklärt? Darauf verzichtete die Kommission, wegen Morins vorstellig zu werden. Erklärte doch auch das Kommissionsmitglied T. vom freien Verband: Es hat abgelehnt seinen Vorschlag wegen Morins vorstellig zu werden.

Der Herr Vorsitzende der Kommission die fernergehenden Anfordrungen der Firma unterbreiten. Als nun der unterzeichnete in die Kommission entsandte Kollege sich bei den Genossen über die angebliche Anfordrungen erkundigte, um Aufschlußmaterial an der Hand zu haben, der Kollege Morins hätte, da waren alle zufrieden. Selbst das Kommissionsmitglied T. vom freien Metallarbeiterverband erklärte, ich kann nicht klagen, ich verdiene mein Geld; ebenso dessen Bruder, Mitglied des freien Verbandes: Ich habe bis jetzt noch immer mein Geld verdient. Diese Dinge habe ich noch beliebig erweitert. Als es das, fassaden festzuhalten, waren alle zufrieden, sogar die geübten Schreiber. Doch halt, einer war nicht zu seinem Gelde gekommen, der Genosse K. . . . Mitglied des freien Verbandes. Das lag aber daran, wie er selbst sagte, daß seine Arbeit für seine Bank hagerer sei. Sein Geld hat er noch immer sein Geld verdient. Das nun Genosse Bergel auch noch laßt, dieses unserem Kollegen Broich in die Schuhe zu schieben?

Wir bedauern dieses, selbst auf die Gefahr hin, von den Genossen als böse Kinder der Firma bezichtigt zu werden. Doch soll Recht bleiben. Haben doch vor noch nicht langer Zeit Herr Bergel und Genosse der Firma erklärt, daß die Schwärzen noch schlimmer sind als die roten. Aber um rechten zu können, muß man ein Pferd haben, und das sollte hier wieder der Kollege Broich sein. Der gesunde Sinn der Kommissionsmitglieder ist hier mangelnd gewesen, und hat sich auch vom hochtönenden Phrasenschwall eines Bergel nicht heizen lassen, weil sie eingesehen hätte, daß das Vorstelligwerden nicht allein zwecklos, sondern auch nachteilig werden konnte.

Der Artikelschreiber führt die Entlassung des Kollegen Morins darauf zurück, weil H. für einen christlichen Kollegen eingetreten sei, weil dieser nach seiner Meinung zu Unrecht bestraft worden sei. Eine steht aber fest: Morins ist nicht deshalb entlassen worden, sondern er ist seiner Verletzung zum Opfer gefallen, was wir jedoch ebenfalls benutzten müssen. Auf die anderen Verzerrungen des Artikels einzugehen, wäre dem roten Zeitschreiber zu viel Ehre anzuken. Jeder Broich noch ein anderer Kollege unseres Verbandes haben sich in dieser Sache das allergeringste zu tun haben können lassen. Das Geschrei in der Metallarbeiterzeitung ist daher sehr überflüssig gewesen, und wir christlich gestimmten Metallarbeiter von Rath werden uns dadurch auch nicht im geringsten beirren lassen. Die lassen den Artikel der Metallarbeiterzeitung ruhig stehen und kämpfen und arbeiten unterdessen ununterbrochen am weiteren Ausbau unseres Verbandes.

Heddenheim. In einer am 8. Dezember abgehaltenen Versammlung hielt Kollege J. H. Offenbach einen Vortrag über die Geschichte der Gewerkschaften mit besonderer Berücksichtigung der christlichen Richtung. Der Referent behandelte zunächst die sozialdemokratischen Organisationsformen, deren Charakter als Bestandteil der Sozialdemokratie jetzt nicht mehr verkannt oder gelugnet werden könne. In diesen Gewerkschaften könne kein christlich-gestimmter Arbeiter Mitglied sein. Dann schloß der Redner die großen Schwächen, die sich den christlichen Gewerkschaften seit ihrem Bestehen überall in den Weg gestellt hätten. Trotzdem ständen wir heute fast und mächtig da, wo der glänzendste verfallene Berliner Kongress gewesen habe. Dem Redner wurde für seine begeisterten Ausführungen lebhafter Beifall gezollt.

Kollegen von Heddenheim! Unterschützt mit aller Kraft unsere große Sache, die so viel Mühe und Opfer gekostet hat; arbeitet rechtlich, kämpft vor keiner Mühe

zurück und der Lohn wird nicht ausbleiben. Unsere Ortsgruppe wird dann wachsen, blühen und gedeihen zum Wohle und zum Segen der christlich-nationalen Arbeiter und ihrer Familien.

Bamberg. In einer vom Kartell der christlichen Gewerkschaften einberufenen Versammlung sprach unser Bezirksleiter Kollege Konrad-Münchberg über den Deutschen Arbeiterkongress in Berlin. Aus seinem instruktiven Referat haben wir vieles lernen können. Leider fehlten wieder viele christliche Arbeiter in dieser Versammlung. Der Inbegriff christliche Arbeiter ist hier geradezu jämmerlich. Sogar gibt es noch Vorstandsmitglieder von christlichen Zählstellen, die den Besuch einer Versammlung für überflüssig halten. (Wenn solche Vorstandsmitglieder die Versammlungen regelmäßig schwächen, sind es nicht die richtigen Personen, die an eine solche Stelle gehören. D. Red.) Christliche Metallarbeiter von Bamberg! Nun aber doch endlich die Schlafmütze herunter! Macht auf und tretet ein in unsere Reihen, lange genug ist schon gezögert worden.

Nennungen. Während in anderen Ortsgruppen reges Leben und Begeisterung für unsere Sache herrscht, scheint es in unserer Ortsgruppe, als ob die Kollegen kein Interesse mehr an der Organisation hätten und den Winterschlaf beginnen wollten. Diese Gedanken mußten einen beschleichen, als man den ungenügenden Besuch unserer Generalversammlung am 8. Dezember beobachtet konnte. Konnte die Hälfte der Mitglieder waren erschienen, ob aus Faulheit oder Menschenjucht, mag nebenächlich sein, ein wäre es vermerkt wie das andere bedauerlich und auch überflüssig. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Wägel als Vorsitzender, Kollege Schmidt als Kassierer und Bezel als Schriftführer gewählt; die Kollegen Schmid (Wions), Grupp und Burghardtmeier als Vertrauensmänner.

Kollegen von Nennungen und Umgebung! Stellt einmal eine ernsthafte Gewissensprüfung an, ob Ihr auch alle der Organisation gegenüber eure Pflicht erfüllt habt? Wenn nicht, dann laßt doch endlich den festen Vorsatz, von jetzt an als ganze vollwertige Gewerkschaftler eure Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen. Seid einmal alle ohne Ausnahme Vertrauensmänner, d. h. Pioniere, Agitatoren und Verteidiger unserer Gewerkschafts Sache. Zieht jetzt die Schämzüge von den Ohren, tretet in die vorderste Front, denn ohne Opfer kein Erfolg, ohne Kampf kein Sieg.

Bamberg a. M. Am 1. Dezember fand hier eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, einberufen vom christl. Gewerkschaftsamt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Haben die Frauen ein Interesse daran, daß sich die Männer organisieren? 2. Der Deutsche Arbeiterkongress in Berlin. Zum ersten Thema ergriff Frä. Knorr aus M. Glabbaas das Wort. Derselbe legte es den Frauen trefflich auseinander, wie notwendig es sei, daß sich die Männer organisieren, um durch den Zulammenhang für sich und ihre Familie eine bessere Lebenshaltung zu erlangen. Sie führte den Anwesenden vor Augen, welches Elend dort herrsche, wo die Frauen, der Not gehorchend, mit in die Fabrik gehen müssen, um mitzubedenken zu dem Lebensunterhalt. Welch ein Familienleben dort herrsche, wo die Frau den ganzen Tag abwesend sei, kann sich jeder leicht vorstellen. Ebenso stimmte sie in der Hausindustrie. In derselben herrsche die längste Arbeitszeit und die schlechtesten Löhne. Darum sei es Pflicht eines jeden christlich denkenden Menschen, mitzukommen, damit diese Zustände beseitigt würden. Großer Beifall wurde der Rednerin für ihren trefflichen Vortrag zuteil.

Hierauf ergriff Kollege Franz-Daar das Wort zum 2. Punkte. Er führte aus, wie die christlich-nationale Arbeiterbewegung seit dem ersten Kongress gewachsen sei an Zahl wie an Bedeutung. Das bewies deutlich die Entsendung zweier Mitglieder als Regierungsvertreter. Auch kam Redner auf das neue Berufsgesetz zu sprechen. In seiner humorvollen Weise beleuchtete Redner die Polizeiaufsicht in den Versammlungen, sowie die verschiedenen Polizeischikane, welche die Gewerkschaften in manchen Orten noch zu erdulden haben. Auch dieser Redner erntete für seine trefflichen Ausführungen reichen Beifall.

Nach einem Schlußwort des Frä. Knorr wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das Blühen und Gedeihen der christlichen Gewerkschaften geschlossen.

Die Versammlung hätte eigentlich besser besucht sein müssen. Auch die Frauen waren nicht so zahlreich vertreten, wie wir es wohl erwarten konnten. Und gerade für Bamberg wäre es so nötig, daß die Frauen und Männer etwas über die Ziele der christlichen Gewerkschaften Aufklärung erhalten. Würden die Arbeiter den Wert der Organisationen erkannt haben, könnte folgendes nicht passiert sein: Unser Kollege Christian D. . . . war bei der Pflanzentzema Klippers, Schöne, als Reparaturschlosser beschäftigt. Derselbe mußte oft länger arbeiten, auch oft noch des Sonntags. Nun reagte unser Kollege einmal die Bitte, ihm die Sonntagsarbeit etwas besser zu bezahlen, wie es anderswo als selbstverständlich gilt. Darob große Entrüstung sowie die Kündigung aus unseres Kollegen. Man wollte jedenfalls durch die Kündigung die „Anzupfrierenheit“ von dem Betriebe fernhalten. Auch von der anderen Seite, Stod u. Hausmann, wäre noch einiges zu sagen. Die Fahrzeiten fahren des Morgens um 4 1/2 Uhr fort und kommen abends oft erst um 9 Uhr zurück, was man früher oft beobachten konnte, als die Jahre noch in Betrieb war. Das ist doch gewiß keine kurze Arbeitszeit. Auch Gumpfinger gibt es dort, die haben es natürlich besser. Das ist nur einiges aus Bamberg.

Auf den anderen Fabriken hier wird es wohl nicht viel besser sein. Leider wird man nichts gewahr, noch sich alles hinterm Fabriker abspielt und die Arbeiter sich fürchten, etwas in die Öffentlichkeit zu bringen. Der Organisation gehen sie ebenfalls aus dem Wege, weil dieselbe Opfer von ihnen fordert. Sie schlafen lieber ruhig und sind sogar stolz, wenn jemand verurteilt, dieselben zu werden. Es kehrt daher noch hinter Aufklärungssachen, um die richtige Arbeitererschaft für die Organisation zu gewinnen. Deshalb müssen unsere Kollegen überall auf den Fabriken sein, damit unsere Arbeiterbewegung auch hier besser werden kann und die Zahlmilde hier abhört werden. Darum heißt es für unsere Kollegen: Zieht auf zur Organisation!

St. Englern (Watz) Die hier sehr erblühte christliche Gewerkschaftsbewegung hat in dem Vorsitzenden des hiesigen Evangelischen Arbeitervereins, Herrn Alt, sowie in Redakteur Pfeiffer erbitterte Gegner gefunden. Herr Alt ließ neulich sogar im Evangelischen Arbeiterverein eine Resolution gegen die christlichen Gewerkschaften und gegen Herrn Pfarrer Schowalter annehmen und vertrat, dieselbe dem — St. Ingberter Mittelfeld zu übermitteln. Bemerkte sei zur besseren Orientierung, daß Herr Alt Redaktionsführer der St. Ingberter Mitte ist, die bekanntlich ihren Arbeitern für das gesetzliche Koalitionsrecht — billige Kartoffeln gibt. Um einmal eine Ansprache herbeizuführen, hatten die christlichen Gewerkschaften am 14. Dezember eine große Versammlung einberufen, die von etwa 600 Personen besucht war. Einleitend wurden zunächst die christlich-sozialistischen Kundstücke des unglücklichen Herrn Pfeiffer im St. Ingberter Hattenblättern durch Gewerkschaftssekretär Gultke kritisiert. Mittlerweile war, von der Versammlung scharfisch bekräftigt, Herr Pfarrer Schowalter erschienen, der sofort das Wort nahm und über die grundsätzliche Interkonfessionalität und politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften und über die kulturelle Bedeutung derselben referierte. Ebenso zeichnete Herr Pfarrer Schowalter drastisch das Treiben des Herrn Alt und seiner Weimungsgenossen. Nur schade, daß Herr Alt die Vorlesung für den besseren Teil der Weisheit gehalten hatte und nicht erschienen war. Die unpopuläre Versammlung wurde vom Gewerkschaftssekretär Gultkes mit einem lehrigen Schlußwort geschlossen. — Da noch etwas Zeit zur Verfügung stand, ging Herr Schowalter noch mit einer Anzahl Freunde in eine sozialdemokratische Versammlung, in der ein Herr Ackermann über Bloßpolitik, Zentrum, Brotmacher, christliche Gewerkschaften, August Bruck, die Gehälter der christlichen Gewerkschaftssekretäre, den § 175 und alles mögliche sprach. Pfarrer Schowalter griff hier in die Diskussion wiederholt ein und fertigte Herrn Ackermann unter schäuderndem Getöse der Versammlung recht gehörig ab. Der Erfolg der Genossen war gleich Null.

Briefkasten.

Nach Rath und Nennungen. Wieder auf beiden Seiten des Papiers beschreiben. Wie oft soll es noch wiederholt werden, daß alle Zuschriften für das Organ nur auf einer Seite des Papiers zu beschreiben sind. — Nach Papenburg. Versammlungsanzeige, die an das Generalsekretariat in Köln adressiert war, ist mit dem Umweg über dort hier zu spät eingetroffen — Nach Ahlen. Auf das Urteil des Schöffengerichts Ahlen vom 5. Dez. 07 werden wir in einer der nächsten Nummern zu sprechen kommen. In dieser Nr. war es nicht möglich.

Versammlungs-Kalender.

- Kollegen! Ein Ortsgruppenleiter Gewerkschaftler wird ohne zureichenden Grund in keiner Versammlung fehlen.
- St. Englern Ortsverwaltung. Sonntag, den 29. Januar abends 6 Uhr Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung im Gewerkschaftshaus.
- Watz. Sonntag den 19. Dezember, vorm. 11 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Franz Jünning.
- Offen-Weilung. Sonntag, den 29. Dezember, vorm. 12 Uhr Versammlung bei Wehlradt, Sternstraße.
- Offen-Weilung. Sonntag, den 29. Dezember, nachm. 4 Uhr Versammlung bei Wehlradt.
- Watz. Am 28. Dez. um 8 1/2 Uhr Versammlung. Um 3 Uhr Vorstands- und Vertrauensmänner-Versammlung.
- Ahlen. Sonntag, den 29. Dezember Unterrichtskursus 11 Uhr bei Wehlradt. Die Kollegen von Weilmart werden bringend beseehen, sich ebenfalls zu beteiligen.
- Watz. Sonntag, den 5. Januar morgens 11 Uhr Mitglieder-Versammlung.
- Watz. (Klein-Weilung) Montag, den 6. Januar abends 9 Uhr Versammlung.

Sterbetafel.

- Ogersheim. Am 8. Dezember starb unser Kollege Joseph Blatte infolge Grippekrankheit im Alter von 46 Jahren.
- Watz. Am 10. Dezember 1907 starb unser Kollege Metallarbeiter Heinrich Otto infolge Lungenentzündung im Alter von 50 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Riepenhagen!
Sabate sind allen voraus!
 1/2 Pf. Patete à 20 Pfg. bis 1 Mark.
 überall käuflich!
 Solange Fabrikanien:
Oldenbott-Nees.